

# Politische Berichte



Politische Berichte  
Zeitung für sozialistische Politik  
Erscheint vierzehntäglich. Einzel-  
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderat

Redaktionsadresse  
Postfach 260 226, 50150 Köln  
Hausadresse GNN-Verlag,  
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,  
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 2

Postvertriebsstück 6 7156 0  
E N T G E L T B E Z A H L U N G  
GNN, Postfach 260 226, 50150 Köln  
50 PB  
Ulrike Detjen  
Burgunderstr. 57-59  
50677 Köln

Nummer 13 / 17. Jahrgang

28. Juni 1996

G 7756



## Pyrrhussieg der ÖTV bei der Entgeltfortzahlung?

Die Gefahr des Niedrigtarifs Ost wird im Westen noch unterschätzt

*Keine Einkommenserhöhung für 1996, sondern einmalige Zahlung von 300 DM; 1,3 Prozent Einkommenserhöhung erst ab 1997; Einfrieren des Weihnachtsgeldes bis zum 31.12.1997 auf der Basis von 1993 (es beträgt dann nur noch 93,78 Prozent eines Monateinkommens); keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen; Laufzeit bis zum 31.12.1997; 1 Tag pro Jahr länger arbeiten; Beschneidung der Möglichkeiten für Arbeitsbefreiung aus persönlichen Gründen – das sind die wesentlichen Eckpunkte des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst im Westen.*

Unter dem Strich haben die öffentlichen Arbeitgeber die von ihnen angestrebte „kompensatorische Lösung“ durchgesetzt. Knapp 4 Mrd. DM soll der Abschluß kosten und liegt damit sogar zumeist unterhalb der entsprechenden Haushaltsansätze von Bund und Ländern. Auf alle Fälle steht die von Biedenkopf geforderte Null vor dem Komma.

Trotzdem gab es im Westen nur vereinzelte Stimmen, die für Ablehnung des Tarifabschlusses votierten. Das ist einerseits der Tatsache geschuldet, daß Kanther zumindest bei diesem Tarifabschluß bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall eingeknickt ist, andererseits waren die Befürchtungen groß, daß auch ein langer Arbeitskampf keine wirklich spürbaren Verbesserungen des Abschlusses gebracht hätte.

Ganz anders verlief die Diskussion im Tarifgebiet Ost mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns. Die Vorsitzenden der anderen ostdeutschen ÖTV-Bezirke forderten Nachbesserungen zu dem Schlichterspruch. Der sächsische ÖTV-Vorsitzende Anschütz sprach von großer „Betroffenheit und Wut“ bei ostdeutschen Gewerkschaftern darüber, daß den Arbeitgebern bei den Verhandlungen eine Spaltung zwischen Ost und West gelungen sei. Der Brandenburger ÖTV-Chef Werner Ruhnke forderte eine Abkopplung der Verhandlungen für Ostdeutschland. Als „für den Osten nicht annehmbar“ wies auch der ÖTV-Landeschef von Sachsen-Anhalt, Manfred Bartsch, den Schlichterspruch zurück. Auch er plädierte für ein Abtren-

nen der Tarifgespräche Ost, sollte es nicht zu einem „verbindlichen Stufenplan“ zur Angleichung der Entgelte an das Westniveau kommen.

Die Gefahr des Niedrigtarifs Ost wird im Westen noch unterschätzt. Dabei marschiert das Weihnachtsgeld bereits seit 1993 in Richtung 85%-Marke. Für Beamte vieler West-Bundesländer ist bereits die Ost-Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche wieder verordnet, und in dem gerade getätigten Tarifvertrag wird eine Öffnungsklausel für das Tarifgebiet Bremen verankert. Die Krise in der Region Bremen soll als Einfallstor für den Osttarif im Westen herhalten. Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis die kommunalen Arbeitgeber mit der Finanznot der Kommunen einen generellen kommunalen Sondertarif fordern. Damit steht der Ost-Tarif für die gesamte ÖTV als riesiges Problem auf der Tagesordnung.

Auch die Abwehr des Angriffes auf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall schwebt in der Gefahr zum Pyrrhussieg zu werden. Noch bevor die Große Tarifkommission dem neuen Einkommensstarifvertrag zustimmte, ließ Kanther über die Bild-Zeitung verkünden, daß er nicht nur die rechtlose Lage der Beamten für die Durchsetzung der Kürzung der Entgeltfortzahlung nutzen wolle, sondern auch die entsprechenden Manteltarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte bei nächster Gelegenheit kündigen werde. Der Kurs der ÖTV, der offenen Konfrontation auszuweichen, wird auf die Dauer nicht zu halten sein. (kar)

## GAME OVER, CELLE

Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) wird voraussichtlich eingestellt

Die Autonome Antifa (M) wurde zweieinhalb Jahre als eigenständige „terroristische Vereinigung“ (§ 129a), danach zweieinhalb Jahre als „kriminelle Vereinigung“ (§ 129) verfolgt, 13 929 Telefonate wurden abgehört, 143 Personen auf Mitgliedschaft mit allen technisch zur Verfügung stehenden Mitteln überprüft, alle BesucherInnen von politischen Veranstaltungen gefilmt, 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt, eine Revision des Urteils beim OLG Celle, die Autonome Antifa (M) sei „keine kriminelle Vereinigung“, beim BGH erwirkt, 131 Verhandlungstage, dreimal wöchentlich 250 km vom Wohnort der Angeklagten entfernt angesetzt und 380 000 DM für den Umbau einer BGS-Reithalle zum Prozeßbunker bewilligt. Übrig geblieben ist letztendlich eine Geldstrafe incl. Erklärung der angeklagten zum Versammlungsrecht.

In der Vergangenheit hatten die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) und die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK) versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der Politik der Autonomen Antifa (M) abzurufen.

Die Angeklagten sind auf diese Forderung nicht eingegangen. Die Bedingungen für eine Einstellung wurden in den letzten Monaten heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung wurde auf Allgemeinplätze reduziert.

Die jetzigen Bedingungen zur Einstellung des Verfahrens lauten:

1. Die AnwaltInnen erklären, ihre Mandanten über die Bestimmungen des Versammlungsrechts informiert zu haben. Die Mandanten erklären ihrerseits, diese „zu berücksichtigen“.
2. Jede/r Angeklagte wird 3 000 DM an eine KZ-Gedenkstätte überweisen.
3. Die bei der Anti-Antifa-Razzia vom 5./6. Juli beschlagnahmten Materialien,



darunter Computer, werden zurückgegeben, Dokumente der Autonomen Antifa (M) erhält das Institut für Sozialforschung in Hamburg.

Hiermit soll nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten eingestellt werden, sondern auch alle noch weiteren anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) „beschuldigt“ werden und Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli 1994 von der Autonomen Antifa (M) initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt ausnahmslos die Staatskasse.

Die GSA hatte sich zunächst geweigert, einer Einstellung unter diesen Bedingungen zuzustimmen. Zähneknirschend war die GSA dann gestern doch dazu bereit – unter der Bedingung, das Interpretationsmonopol für sich zu sichern: Die Angeklagten dürfen bis zur endgültigen Einstellung Ende Juli 1996 „der von der Kammer vorgenommenen Deutung der Erklärung nicht widersprechen“. Nicht nur daß die GSA den 17 Personen einen Maulkorb verpaßt, sie hat der SSK auch vorgegeben, wie die Erklärung zu interpretieren sei. Dabei hat eine wie auch immer geartete Erklärung keinerlei juristischen Wert, da eine Einstellung nach § 153a StPO keine Erklärung vorsieht. Diese Deutung der abzugebenden Erklärung zeigt den hilflosen Versuch der GSA, den immensen und letztlich erfolglosen Ermittlungsaufwand politisch zu rechtfertigen.

Die Autonome Antifa sieht sich weiterhin der Bekämpfung g der Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Wie in der Vergangenheit wird sie auch weiterhin adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden.

Autonome Antifa (M), 25. Juni 1996

## Türkei: Neues Parteiverbot!

Unter dem Vorwurf, sie betreibe Separatismus, hat der türkische Staat Mitte Juni ein Verbotverfahren gegen die Partei der Arbeit (Emek Partisi) eingeleitet. An dem Tag, an dem sich die Partei vor Gericht zu verteidigen hatte, am 24. Juni, versammelten sich schon in den frühen Morgenstunden mehr als 2000 Menschen vor dem Parteizentrum in Ankara, um gegen die Repression zu protestieren. Polizei- und Militärkräfte versuchten mit Barrikaden und Panzeraufmarsch, diese Proteste zu unterdrücken, dabei griffen sie die demonstrierenden Menschenmenge brutal an und verletzten 250 Menschen teilweise schwer, darunter den Parteivorsitzenden und andere Leitungsmitglieder. 400 wurden verhaftet. Den Pressemitteilungen zufolge dauerten die Auseinandersetzungen in mehreren Stadtteilen Ankaras längere Zeit an. Mehr als 5.000 Menschen schlossen sich den Protesten an. Auch verschiedene Gewerkschaften

und Parteien, so die HADEP, protestierten gegen das Verbotverfahren. Faschistische Kreise und Schlägertrupps der MHP (Nationale Bewegungspartei) nahmen die Proteste zum Anlaß, unter dem Schutz der Polizei gegen die Demonstranten vorzugehen.

Die Partei der Arbeit war erst im März nach einer längeren Phase der Vorbereitung gegründet worden. Der Vorwurf, sie verletze die „unteilbare Einheit der Nation und des Staates“, bezieht sich auf das Programm, in dem die Partei der Arbeit die Unterdrückung des kurdischen Volkes angreift und für eine „basisdemokratische Staatsform, die die Gleichberechtigung und Freiheitliche Einheit garantiert“, eintritt. Bisher sind in der Türkei sieben Parteien unter dem selben Vorwand verboten worden.

In der Bundesrepublik Deutschland ruft DİDF zur Solidarität mit der vom Verbot bedrohten Partei der Arbeit auf. (scc nach Pressemitteilungen von DİDF)

**AKTUELL IN BONN****Schutz gewalttätiger Ehemänner**

Der Gesetzentwurf über die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe kommt voraussichtlich im Herbst erneut in den Bundestag. Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat die umstrittene Widerspruchsklausel abgelehnt. Am 5. Juli erhält die SPD-Mehrheit im Bundesrat die Möglichkeit, den Gesetzentwurf zu stoppen und in den Bundestag zurückzuverweisen. Diese besagte Widerspruchsklausel setzt den Straftatbestand von Vergewaltigung in der Ehe außer Kraft, wenn die betroffene Ehefrau die Anzeige zurückzieht. Christina Schenk (MdB, PDS) bezeichnete diese Regelung als empörend, weil sie ständigen Druck ausübt, „längst zerstörte Ehen auch dann aufrecht zu erhalten, wenn Gewalt darin vorkommt“. Der Regierungsentwurf schützt damit den Vergewaltigten statt die körperliche Integrität der Frau. Insbesondere Frauennotrufgruppen und Menschenrechtsorganisationen wiesen auf den frauenfeindlichen Charakter dieser Klausel hin. Auch die FDP-Frauen Leutheuser-Schnarrenberger und Schwaetzer kritisierten die „Privatisierung des Strafanspruchs“ und signalisierten deren Ablehnung. Fünf Frauen aus der Regierungskoalition könnten bei der benötigten Kanzlermehrheit im Bundestag eine solche frauenfeindliche Rechtsvorschrift gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen zu Fall bringen.

**Knappe Mehrheit für neuen Ladenschluß**

Nach jahrelangem Eifer hat sich die FDP mit ihrem „Menschenrecht“ auf Sonntagsbrötchen durchgesetzt. Mit 327 zu 321 Stimmen verabschiedete der Bundestag neue Ladenschlußzeiten. Einige CDU-Abweichler stimmten trotz Fraktionsaufpassern an den Abstimmungsummen mit der Opposition gegen das Gesetz. Ab 1. November sollen an Werktagen die Läden bis 20 Uhr, Samstags bis 16 Uhr offen bleiben. Das Nacht- und Sonntagsbackverbot ist aufgehoben. Gegen den Druck von Gewerkschaften und Einzelhändlern wurde dieses Gesetz durchgesetzt. Im Einzelhandel wird jetzt mit einer weiteren Pleitewelle und einem neuen Konzentrationsprozess gerechnet. Insbesondere die Versorgung in Wohnbezirken und ländlichen Gebieten wird sich aufgrund des Gesetzes verschlechtern. Noch ist offen, ob die SPD das neue Ladenschlußgesetz über den Bundesrat blockieren will. Dann wäre im Bundestag eine Mehrheit der Hälfte der Abgeordneten plus eine Stimme notwendig, um die Länderkammer zu überstimmen. Schäubles Druck auf die eigenen Reihen wird sich bis dahin noch verstärken. Einzelmeinung hin, Gewissensfreiheit her, dann geht es um die Geschlossenheit am Trog der Macht.

**Amnesty kritisiert Rüstungsexport**

Am 18.6. legte amnesty international ihren Jahresbericht vor. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert die BRD als drittstärksten Rüstungsexporteur der Welt. An den Beispielen Indonesiens und der Türkei wird

deutlich, was Regierungen mit deutschen Rüstungsgütern exerzieren: Verfolgung, Unterdrückung bis hin zum tendenziellen Völkermord in Kurdistan. Auch die BRD selbst gehört zu den Staaten, in denen nach Kenntnissen von ai schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Konkret wird aufgelistet, wie sich Übergriffe von Polizisten auf Deutsche und Nichtdeutsche, insbesondere Asylbewerberinnen häuften. Für 1997 kündigte ai eine weltweite Kampagne zum Schutz von politischen Flüchtlingen an.

**Erste Lesung der AFG-Reform**

Als „Armutsförderungs-gesetz“ bezeichnete Heidi Knake-Werner (PDS) den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Die Monitore der Bundestagsverwaltung hatten diese Regierungsvorlage anlässlich der ersten Lesung versehentlich aber treffend als „Arbeitgeberförderungs-gesetz“ übertitelt. Arbeitslose Menschen sollen zukünftig gesetzlich gezwungen werden, nahezu jede Arbeit anzunehmen. Bisherige Förderungsmaßnahmen werden eingeschränkt oder abgeschafft. An die Stelle von Qualifizierungsangeboten treten disziplinierende „Trainingsmaßnahmen“. Statt der Schaffung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen in sozialen und ökologischen Bereichen werden projektbezogene Zuschüsse abgebaut. Immer mehr Betroffene werden so zu klassischen Tagelöhnern degradiert und in eine Abwärtsspirale gedrückt. Im Gesetz dominiert der Zwang, Tätigkeiten ohne tariflichen Schutz anzunehmen. Der Billiglohnsektor wird gezielt aufgebläht. Insbesondere in den neuen Bundesländern kann mit diesen Maßnahmen die Arbeitslosenstatistik massiv geschönt werden, ohne die Situation der Menschen zu verbessern.

**Untersuchungsausschuß zum Bahnvermögen**

Mit Bezug auf Feststellungen des Bundesrechnungshofes und unmittelbar nach der Ausstrahlung eines Monitor-Beitrags über die Plünderung des Bundesbahnvermögens (BEV) durch die privatisierte Deutsche Bahn AG, beantragte die PDS im Bundestag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Alle nichtbahnnotwendigen Gelände der ehemaligen Bundesbahn und Reichsbahn, darunter viele Filetstücke, gehören nach dem Eisenbahnneuordnungsgesetz von 1993 in einen Bundestopf und bilden dort ein Gegengewicht zu den beim Bund geparkten Altschulden. Tatsächlich versilbert die DB AG auf eigene Rechnung durch Verkäufe in großem Stil Gelände, das ihr eigentlich nicht gehört. Der geforderte Untersuchungsausschuß soll klären, warum der Bund zugunsten eines in Privatisierung befindlichen Unternehmens auf Milliardenbeträge verzichtet und damit gigantische Spekulationsprojekte wie „Stuttgart 21“ sponsert ... Offen ist, ob Bündnis90/Die Grünen, die in Baden Württemberg den Großdeal gemeinsam mit PDS und Umweltverbänden kritisieren, im Bundestag die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß unterstützen.

**350 000 IN BONN!****Breites Bündnis gegen Kohl-Regierung formiert sich**

350000 Gewerkschafter demonstrierten am 15.6.1996 nach Angaben des DGB in Bonn. Die Demonstration war der bisherige Höhepunkt des Protestes gegen die von Kapitalistenverbänden und Bundesregierung verfolgte Politik des sozialen Kahlschlages. „Kohl muß weg“, minutenlange Sprechchöre mit dieser Parole unterbrachen vor allem die kämpferische Rede von Sonja Riedemann vom AstA Bochum, die bei der Schlußkundgebung sprach. Wenn die Demonstration tatsächlich zum Auftakt einer langanhaltenden, breiten Gegenwehr gegen das Regierungsprogramm der Umverteilung und Ausgrenzung wird, hat sie ihren Zweck erfüllt. Die Kräfte, die das wollen sind durch die Aktion gestärkt worden. Viele örtliche Zusammenschlüsse haben sich zu diesem Zweck bereits gebildet. Wir dokumentieren auf dieser Seite Auszüge aus Reden von der Kundgebung des schon lange vor der DGB-Demonstration geplanten „Sternmarsches gegen Sozialabbau“ in Bonn-Beuel, von einer Auftakt- und von der Schlußkundgebung der DGB-Aktion. Auf der nächsten Seite finden sich Auszüge aus der Grußadresse der Veranstalter der Kurdistan-Demonstration in Hamburg, die im Vorprogramm der DGB-Kundgebung in Bonn vorgetragen wurde.

– (wof)

**Annelie Buntenbach**

(MdB, Bündnis 90/Die Grünen:

Keine Gruppe dieser Gesellschaft wird es allein gelingen, diesen Deregulierungskurs, diese Ausgrenzungstaktik und damit die Zerschlagung des Sozialstaates zu verhindern. Unser Ziel: „Solidarität statt Ellenbogen“ werden wir nur erreichen, wenn alle gemeinsam dafür kämpfen und in die Gesellschaft hinein mobilisieren. Es braucht eine gemeinsame Bewegung aus Gewerkschaften, Erwerbslosen, Initiativen, Menschen aus den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und Oppositionsparteien. Wir müssen zusammen dafür kämpfen – jenseits unserer Unterschiede in Einzelfragen. Die große Aktion heute hier in Bonn ist ein zentraler Schritt, über den ich mich sehr freue. Aber – auch das muß uns klar sein – wir werden noch einen langen Atem brauchen.

**Klaus Wiesenhügel**

Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt

Mindestlohn hat eben nichts mit Protektionismus zu tun, sondern ist der soziale Flankenschutz in einem einheitlichen Europa. Mindestlohn heißt auch sich wieder auf die unternehmerische Aufgabe zu konzentrieren. Die lautet eben nicht Lohnrückerei, sondern wettbewerbsfähige Unternehmen. Genau dazu kommt es nicht, wenn Arbeit billig wie Dreck ist. Nur wenn Arbeit ihren Preis hat, gibt es eine Wertschöpfung des arbeitenden Menschen und spielt Innovation und Qualität eine entscheidende Rolle im Wettbewerb. Zum Wettbewerb des Lohndumpings sagen wir nein. Wir sagen aber ja zu einem Wettbewerb der Innovation, der Qualität und der Qualifikation. Darum brauchen wir den Mindestlohn.

Der Mindestlohn ist aber noch mehr. Er ist die erste europäische Tarifvereinbarung, die europäische Arbeitnehmer in die Lage versetzt, ihre Rechte auch dem Land wahrzunehmen, wo sie arbeiten. Mit einem allgemeinverbindlichen Mindestlohn können wir auch die Interessen unserer europäischen Kollegen und Kollegen hier vor den Gerichten geltend machen. Sie werden dann gleichberechtigt. Und Gleichberechtigung ist die wichtigste Voraussetzung jeder Unterdrückung und jeder Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken. Wenn diese Gleichberechtigung nicht will, muß sich vorhalten lassen Ausländerfeindlichkeit zu schüren oder billiger in Kauf zu nehmen ... Nun hat sie (BDA d. Red.) mit ihrer Entscheidung, die Mindestlöhne am Bau zu stoppen, dafür aber eine Grundlage geschaffen. In den einschlägigen Veröffentlichungen der Rechten in diesem Lande gibt es eine unverhohlene Freude über diese Entscheidung. Diese braunen Banden wollen die von der BDA sanktionierte Spaltung der Bauarbeitnehmerschaft für ihre politischen Zwecke nutzen.

**Sonja Riedemann**

Mitglied des AstA der Uni Bochum

Wer der Jugend die Lebensperspektive verwehrt und zerstört, der kann nicht







# Blitz und Donner gegen Neoliberalismus

Von Boris Kanzleiter

*1300 Menschen aus ganz Europa trafen sich in Berlin, um über Neoliberalismus, Widerstand und die Zapatistas zu diskutieren*

Der Abschluß des „1. Kontinentalen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus“ vom 30. Mai bis 2. Juni in Berlin hätte nicht treffender ausfallen können. „Ya basta! – es reicht!“ riefen die TeilnehmerInnen der Schlußdemonstration, als sie auf den Alexanderplatz zogen. Die prompte Antwort waren Blitzschlag und Donnerknall. Im prasselnden Platzregen tanzte die Demo, bis die Pfützen verdampften. Die Polizisten rieben sich derweil ihre Visiere aus, weil sie so etwas noch nie gesehen hatten.

Vier Tage lang folgten Menschen aus 26 europäischen Ländern dem Aufruf der EZLN (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee) aus dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas und diskutierten in Berlin über die Auswirkungen neoliberaler Politik in Europa, den Widerstand sozialer Bewegungen dagegen und Perspektiven für eine menschliche Gesellschaft.

Die Initiative für das Treffen in Berlin ging auf die „Erklärung von La Realidad“ vom Januar dieses Jahres zurück. Die Zapatistas aus dem Lakandonischen Regenwald in Chiapas rufen dar-

in zum „Ersten interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus“ auf, das vom 26. Juli bis zum 3. August in den zapatistischen Aufstandsgebieten stattfinden soll. Eingeladen sind dabei soziale Bewegungen weltweit. Zur Vorbereitung des Treffens im chiapanekischen Dschungel wurden die kontinentalen Vorbereitungstreffen organisiert. Die Diskussionsergebnisse der kontinentalen Vorbereitungstreffen sollen dann im Sommer in Chiapas zusammengetragen werden.

Die TeilnehmerInnen und Themen des Treffens in Berlin waren so vielfältig und zusammengewürfelt, daß es kaum vorstellbar schien, wie sich alles in einem Treffen zusammenfinden könnte. Aber trotz aller Bedenken und Zweifel klappte es doch. Von „Klassenkämpfen in Europa“ über „Militarisierung der Außenpolitik“, „Festung Europa“, „Individualisierung als Waffe des Neoliberalismus“, „Gewerkschaften im ehemaligen Jugoslawien“ und den „Kampf gegen das Staudammprojekt in Navarra, Euskadi“ reichte die Palette der über 40 verschiedenen Arbeitsgruppen. Besonders zufrieden waren die Ausrichter von der Berliner Mexiko-Gruppe im FDCL darüber, daß das Treffen einen wirklich europäischen Charakter hatte. Allein aus Frankreich und Spanien waren jeweils über 200 Menschen gekommen. Größere Gruppen waren aus Skandinavien, den Benelux-Ländern, Irland,

Österreich und der Schweiz angereist. Aus vielen osteuropäischen Ländern, der Türkei, Italien und Großbritannien waren Einzelpersonen oder kleinere Gruppen vertreten.

Die große Stärke des Berliner Treffens war seine Vielfältigkeit. Interessante Diskussionen wurden geführt und viele Kontakte geknüpft. Einige Arbeitsgruppen haben schon den nächsten Termin ausgemacht. Aber von einer Verständigung darüber, was nun „Neoliberalismus“ bedeutet und wie gemeinsam für eine menschliche Gesellschaft gekämpft werden kann, davon war das Treffen noch weit entfernt. Dementsprechend bruchstückhaft waren die Diskussionen auf der Auftakt- und Abschlußveranstaltung. Es haperte am Austausch zwischen den AGs und an der Entwicklung einer Gesamtanalyse und einer konkreten Perspektive. Aber diesen Anspruch hatte sich das Treffen auch nie gestellt.

Viel wichtiger, als zu Ergebnissen zu kommen, ist den Zapatistas, den VeranstalterInnen und den meisten TeilnehmerInnen ohnehin der Austausch und Dialog. Vielversprechend am Berliner Treffen war deshalb hauptsächlich, daß die meisten TeilnehmerInnen mit dem Bedürfnis auseinandergingen, sich wiederzutreffen. Doch jetzt steht zunächst einmal das „Erste Interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus“ in Chiapas an.

erwarten, daß wir jungen Menschen diesem System und seinen Machtelementen die Hand reichen. Da paßt ein anderes Körperteil schon besser.

Jugend aber ist nicht nur Zukunft, Jugend braucht auch Zukunft! Fast 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind Junge Leute unter 25 Jahren...

Schulklassen werden vergrößert, Schüler-Bafög abgeschafft, zuwenig LehrerInnen eingestellt. Kindern aus Arbeitnehmerfamilien wird der Zugang zu Hochschulen immer mehr verbaut. Denn: Immer weniger Studierende erhalten staatliche Unterstützung. Gleichzeitig ist die Einführung von Studiengebühren vorgesehen. So wird Jobben zum Hauptfach statt Maschinenbau oder Computertechnik.

Dabei braucht eine soziale Industriegesellschaft des 21. Jahrhunderts vor allem Bildung und Ausbildung.

Dieses Schauspiel, das die selbsternannten Eliten des Landes bieten, finde ich unwürdig. Sie reden zwar von Zukunft, in Wirklichkeit aber zerstören Sie unsere Zukunft. Während die EU-Staaten durchschnittlich 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgeben, sind es in Deutschland nur 4 Prozent...

Bundesregierung und Unternehmer haben den Klassenkampf von oben eingeleitet. Unsere Antwort kann nur lauten: Gegenwehr von unten. ...

Wir brauchen Unruhe im ganzen Land. Wir brauchen jetzt mehr Gegenmacht, nicht mehr Partnerschaft. Wir jungen Menschen, die wir heute hier sind, wir wollen Perspektiven. Wir wollen eine neue Politik, die nicht Gewinne, sondern den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Menschen brauchen Ausbildung und Arbeit.

Um das zu schaffen, brauchen wir Bündnisse. Bündnisfähigkeit setzt Gleichberechtigung voraus. Nicht Unterordnung. Ich wünsche mir einen DGB, der für ein Bündnis von Arbeit, Bildung und Ausbildung kämpft. Wirklich kämpft! ...

Der erste Schritt dazu: Das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung muß weg. Und der nächste große Schritt: Dieser Kanzler muß weg! Das war doch schon mal was!

**Erste Europäische Erklärung gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft, 2.6.1996; an die europäische Öffentlichkeit, an die Menschen in aller Welt**

**„Heute sagen auch wir: Ya basta – Es reicht!“**

Wir, weit über 1000 Menschen aus 26 Ländern Europas, Menschen aus sozialen, politischen und kulturellen Gruppen, Bewegungen und Kollektiven – Individuen, wie VertreterInnen von Zusammenschlüssen, die sich zum Ziel gesetzt haben, einen Schlußstrich zu ziehen, nein zu sagen zu den zerstörerischen Bedingungen, denen unser Leben in Europa unterworfen ist, wie auch all jenen Faktoren eine Absage zu erteilen, die Menschen außerhalb Europas in aller Welt mit den Mitteln von Ausbeutung, Unterdrückung und der Zerstörung ihrer materiellen wie ökologischen Lebensgrundlagen bedrohen; wir haben uns vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1996 in Berlin versammelt, um mit gemeinsamer Stimme diesem „Ya basta“ Ausdruck zu verleihen. Als Menschen mit verschiedenen Lebensrealitäten, als Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen von rassistischer, sexistischer, patriarchaler, sozialer, ökonomischer und kultureller Ausgrenzung und Unterdrückung, bestimmten und bestimmen auch vielfältige Widerstandsformen unsere bisherige, derzeitigen und zukünftigen Organisations- und Kampfformen. Wir wollen diese Unterschiede nicht verneinen, noch bilden wir uns ein DEN Weg, DAS Rezept, DIE Lösung, DIE Lehre oder DIE Organisationsform zu kennen, die alle unsere Verschiedenheiten zu vereinheitlichen mag. Mehr noch wir wollen keine Vereinheitlichung, die uns in Form von Gleichmacherei dieser unserer Vielfalt zu berauben droht, welche wir als unsere Stärke betrachten. Dennoch sind wir in Berlin zusammengekommen, weil wir ein gemeinsames Ziel haben. Das Ziel miteinander zu sprechen, unsere Unterschiede wie Gemeinsamkeiten zusammenzutragen und die Hoffnung



neu zu erfinden. Die Hoffnung auf eine andere Welt – auf eine menschliche Gesellschaft. Und wir sind nicht allein. In diesen Wochen und Monaten treffen sich in allen anderen Erdteilen Menschen, die dieses Ziel mit uns gemeinsam haben. „Ya Basta – Es reicht!“ Mit diesen Worten erklärte am 1. Januar 1994 die EZLN in Chiapas, Mexico das Ende des Stillschweigens. Das Ende jener trügerischen Ruhe, die den Herrschenden der neuen – alten Weltordnung scheinbar Zustimmung signalisiert. Das Ende aber auch jener Ruhe, die aus unserer eigenen Zerstrittenheit geboren ist. Wir haben diesen Ruf aufgenommen und senden nun aus Berlin unser „Ya Basta“ an die Menschen in aller Welt. Es reicht, jetzt ist Schluß. In diesem Sinne ist das 1. Eu-

ropäische Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft als ein Auftakt zu verstehen. Als ein Beginn, unsere Zerstrittenheit zu beenden, ohne aufzuhören uns zu streiten; als ein Anfang, gemeinsam zu kämpfen, ohne unsere Unterschiede zu verneinen; als ein Experiment der Verständigung und Vernetzung über Grenzen zwischen Ländern und Köpfen hinweg. Wir sind diesen ersten Schritt vier Tage lang gemeinsam gegangen, haben in mehr als vierzig Arbeitsgruppen diskutiert und analysiert, gestritten und geträumt. Wir stehen noch ganz am Beginn, aber wir haben den Anfang gewagt. Und wir werden weitergehen – weitergehen auf diesem Weg, den wir beschritten haben. Wir sind nicht alle und wir glauben auch nicht, daß wir für alle sprechen können. Deshalb sprechen wir für uns und rufen alle Menschen, die für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, auf, mit uns zu sprechen – sich gemeinsam auf die Suche zu begeben, die nun begonnen ist. Diesem Treffen werden weitere folgen. Treffen in Ortschaften und Städten, in Regionen und Ländern, weitere europäische Treffen und nicht zuletzt das Interkontinentale Treffen selbst, das Ende Juli in den Bergen im Südosten Mexicos, in La Realidad stattfinden wird. In La Realidad, Chiapas, wo der Internationale des Schreckens eine Internationale der Hoffnung entgegenwächst. „Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.“

In diesem Sinne grüßen wir Euch alle mit einem entschlossenen „Ya Basta“ aus dem Dschungel der Großstadt Berlin: das 1. Europäische Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft.



Über 80.000 Kurdinnen und Kurden aus der BRD und europäischen Nachbarländern demonstrierten am 15.6. unter der Losung „Frieden jetzt! Für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes“ in Hamburg. In zwei kilometerlangen farbenfrohen Marschsäulen zogen sie vom Hauptbahnhof und von Altona aus zum Kundgebungsplatz Moorweide. Die Polizei hielt sich vereinbarungsgemäß fast vollständig im Hintergrund. Es gab zwar



Zwischenfälle an den Grenzen und in Bayern, doch hatten diese auf den Verlauf keinen nennenswerten Einfluß. Der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, wandte sich mit einer per Tonband übermittelten Rede an die Teilnehmer. Weiterhin sprachen der Vorsitzende des Exilparlaments Yasar Kaya (Bild S. 5 links) und andere kurdische Redner. Ihre politische Solidarität im Kampf für eine politische Lösung der Kurdenfrage überbrachten u.a. ein Rechtsanwalt aus Schweden, eine Abge-

## Großdemonstration für „Frieden jetzt!“

Nach dem Verbot vom 16.3. wurde ein wichtiger politischer Erfolg errungen

Der Veranstalter, das Bündnis „Frieden Jetzt!“, äußerte nach der großen Friedenskundgebung die Hoffnung, daß sie „auch bundesweit als Signal für eine Wende der deutschen Politik gegenüber Kurdinnen und Kurden im Inland und auch in der Außenpolitik gegenüber der Türkei verstanden wird“. Zum ersten Mal wurden bei den Herrschenden in der BRD Zweifel an den Siegeschancen der Türkischen Republik in ihrem Krieg gegen das kurdische Volk politisch wirksam. Der Hamburger Innensenator hielt dem bis zum letzten Tag starken Verbotsdruck aus Bonn stand. So konnte die kurdische Bewegung unbehelligt von staatlichen Provokationen eindrucksvoll ihren Widerstandwillen gegen das mörderische kemalistische Regime demonstrieren und zugleich ihre Bereitschaft, friedlich mit den türkischen Mitmenschen zusammenzuleben. Der politische Erfolg dieser Demonstration eröffnet für die Auseinandersetzung mit der imperialistischen deutschen Türkeipolitik und für den Kampf gegen die Repression der kurdischen Bevölkerungsgruppe neue Möglichkeiten.

Wir dokumentieren Auszüge aus den Beiträgen der Abschlußkundgebung, soweit diese schriftlich vorliegen. (scc)

**Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK**

Die Friedensdemonstration stellt einen Meilenstein auf dem Weg zum Frieden dar. Diese Demonstration, die Ihr an diesem Tag realisiert, findet in der schmerzvollsten, zugleich aber auch hoffnungsvollsten Phase unserer Geschichte, die entgegen aller Unterdrückung die Bedeutung des Sieges der Vereinigung, der Einheit unseres Volkes und all unserer wertvollen Freunde in sich trägt, statt

Der Spezialkrieg hat nicht nur in Kurdistan, nicht nur in der Türkei, sondern auch in Europa in der letzten Zeit all seine Möglichkeiten und Kraft eingesetzt, um uns zu liquidieren. (...) Jahrelang hat er große Intrigen gegen unser Volk durchgeführt, um es aus seiner Heimat zu vertreiben; darüber hinaus hat er alle erdenklichen Formen von Provokationen und Komplotten angewandt, um den Freiheitskampf unseres Volkes in Europa zu verhindern, und versucht uns mit der europäischen Demokratie in einen Konflikt zu treiben ... einige Schritt-

te haben uns in Schwierigkeiten gebracht. Ohne Zweifel, die Verbote und Unterdrückung, der Ihr ausgesetzt seid, ist ein Resultat der hinterhältigen Pläne des Feindes gewesen.

Auch wenn es bei uns einige Unzulänglichkeiten gab, so sind diese nicht der Grund und nicht ausschlaggebend für die Verbote und die Unterdrückung gewesen. (...)

Wir haben immer betont, daß wir gegenüber der deutschen Demokratie und der Gesetzgebung zu jeder Zeit respektvoll gegenüberstehen. Den Verantwortlichen haben wir diesbezüglich stets mit Nachdruck mitgeteilt: Wir wollen nicht mit Euch auf der Grundlage von Gewalt eine Konfrontation aufnehmen, weder liegt darin ein Vorteil für uns, noch ist das unsere politische Linie ... Wenn es trotzdem einige Fehler gab, so sind diese darauf zurückzuführen, daß durch eine bewußte, gezielte und extreme Aufhetzung die Atmosphäre verschärft wurde, und letztendlich hat dies dazu geführt, daß nicht nur die PKK, sondern unser ganzes Volk zum Gegenstand des Verbotes wurde. (...)

Ich hoffe, daß die heutige Demonstration von Euch ein neuer Beginn für unseren politischen Kampf in Europa wird. An dieser Stelle möchte ich der europäischen Öffentlichkeit und den Regierungskreisen, die sich mit uns beschäftigen, sagen: Wir werden bis zuletzt voller Verständnis sein, wir werden Eure Gesetze respektieren, aber auch Ihr dürft nicht vergessen, daß wir ein Volk sind, welches vor der Gefahr steht, vollständig vernichtet zu werden. Daß wir einen Anspruch auf unsere demokratischen, nationalen Forderungen und Rechte haben. Diesbezüglich erwarten wir eine verständnisvolle Haltung. Entweder begeben Sie sich in die Haltung der Unterstützer unseres Volkes, wenn dies aber nicht möglich sein sollte, dann nehmen Sie wenigstens eine neutrale Position ein. Unterstützen Sie dieses barbarische faschistische Regime und seinen Spezialkrieg nicht in der bisherigen Weise.

An dieser Stelle möchte ich auch an all unsere verehrten Freunde aus den verschiedenen Ländern wegen ihrer bis heute geleisteten wertvollen Unterstützung recht herzlich danken. Ich vermittele Ihnen meinen tiefsten Respekt. Ich bin überzeugt davon, daß Sie auch weiterhin mutig und erfolgreich uns un-

terstützen werden. Ich glaube, daß in diesem Sinne die Demonstration „Frieden Jetzt!“ eine Demonstration von historischer Bedeutung ist. Daß unser Volk einen würdigen Frieden will, weiß die ganze Welt. Auch die Dimension des Krieges erfordert mittlerweile den Frieden. Wir haben beharrlich auf einer politischen Lösung bestanden, einer Lösung ohne Krieg. Und seit sechs Monaten haben wir einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Trotzdem haben die Operationen kein Ende gefunden. Mit Entschlossenheit verteidigen wir uns. Und es kann zum ersten Mal gesagt werden, daß sich wirklich ein Guerillakampf entwickelt. Wir sind der Überzeugung, daß dieses auch wie nie zuvor den Frieden näherkommen läßt. Der nächste Schritt wird ein Schritt zum Frieden sein. Eure heutige große Friedensdemonstration stellt einen Meilenstein in dieser Frage dar. In diesem Sinne wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf dieser Demonstration. Die Organisation von Zehntausenden und die schrittweise Umsetzung Eures in Hamburg begonnenen Marsches bis nach Kurdistan. Bis dieser Frieden in Kurdistan manifestiert ist, müßt Ihr Euch stetig und intensiv weiter organisieren und damit für die Ausbreitung des Friedens sorgen. Dies wird ganz sicher den Erfolg bringen. Ich übermittele Euch meine Grüße, meinen Respekt und meine Liebe. Es lebe die Friedensdemonstration nach Kurdistan.

**Kjell Magne Bonderik, Christliche Volkspartei Norwegen**

Die Türkei kann die PKK nicht besiegen

Ich bin Mitglied des Vorstands von „The Support group of the Kurds“ im norwegischen Parlament. Ich überbringe hiermit den Gruß des Vorstands an dieses Treffen. Anita Apeltun Sæle von der Christlich-Demokratischen Partei ist die Vorsitzende dieser Gruppe. Sie hat mich gebeten, auch einen persönlichen Gruß von ihr zu überbringen. In dieser Gruppe arbeiten Abgeordnete von sieben Parteien.

(...) Doch habe ich durch Gespräche mit kurdischen Befreiungskämpfern mehr und mehr über den kurdischen Kampfwillen gelernt. Trotz der erhöhten Intensität (des Krieges - Red.) kann es der Türkei nicht gelingen, das kurdische Volk zu besiegen. Die Türkei kann

niemals die kurdische Identität besiegen. Der Türkei gelingt es also nicht, die PKK zu besiegen. - Warum? - Weil sie das kurdische Volk nicht von der PKK trennen können. (...)

Vor einigen Wochen war ich in Ankara. Ich traf u. a. auch türkische Politiker. Ich merkte eine gewisse Änderung in dem, was sie jetzt zur Kurdistanfrage sagten, verglichen mit dem, was ich von türkischen Politikern vor ein paar Jahren hörte. Jetzt sagen ständig mehrere von den türkischen Politikern, daß die kurdische Sprache anerkannt werden muß, kurdischer Unterricht erlaubt werden muß, kurdisches Radio und Fernsehen erlaubt werden muß und so weiter. Bis jetzt sind dies immer noch nur Worte. (...) Aber ich bin trotzdem der Meinung, daß sich etwas in der Position der Politiker geändert hat: Dies sind die Früchte des Befreiungskampfes. Ich bin davon überzeugt, daß dies davon kommt, daß es sich für die Türkei unmöglich gezeigt hat, die PKK militärisch zu besiegen. (...)

Wir sind viele Freunde von Kurdistan in Norwegen. Und ich werde weiter für eine breitestmögliche Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf arbeiten, unabhängig davon, welche Kampfmittel sich als notwendig zeigen. Es lebe der kurdische Befreiungskampf! Es lebe Kurdistan!

**Henning Voscherau, Hamburger Bürgermeister**

Den Teilnehmern der friedlichen Demonstration „Frieden jetzt!“ übermittele ich die Grüße des Hamburger Bürgermeisters.

Für viele Konfliktherde der Welt, in Jugoslawien, in Irland, in Israel bemühen sich die Beteiligten und die Völkergemeinschaft um eine friedliche Lösung auf der Grundlage politischer Gespräche sowie der Beachtung der Regeln des Völkerrechts oder der Beschlüsse der Vereinten Nationen.

Gewaltlosigkeit, Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte müssen überall auf der Erde alltägliche Realität werden - auch in den Staaten, in denen die Siedlungsgebiete des kurdischen Volkes liegen.

Diesem Ziel gelten meine besten Wünsche.

Ich rufe dazu auf, dieses Ziel friedlich im Rahmen der Gesetze zu verfolgen.





ordnete der norwegischen Christlichen Volkspartei, Ulla Jelpke (MdB, PDS), Hans Branscheidt (medico international); der Hamburger Bürgermeister Voscherau und die Gewerkschaften HBV und ÖTV hatten Grußbotschaften übersandt. Getragen wurde die Veranstaltung von zahlreichen kurdischen Organisationen und einem breiten Spektrum politischer Kräfte aus der BRD, darunter mehrere Hamburger Einzelgewerkschaften, Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS,

Mitglieder und Arbeitskreise der SPD, Gruppen der Friedensbewegung sowie kirchliche Gruppen. Die Kundgebung wurde zu einem großen Fest, zu dem viele kurdische Künstlerinnen und Künstler und auch ein deutsches Streichquartett beitrugen. Für viele kurdische Familien bot die Großveranstaltung auch die Gelegenheit, sich, oft erstmals nach vielen Monaten oder gar Jahren, wiederzusehen und miteinander zu feiern. (Bilder: res)

#### Ulla Jelpke, MdB PDS

##### Sofortige Aufhebung des PKK-Verbots

Ich freue mich sehr, daß wir heute gemeinsam hier in Hamburg „für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes“ demonstrieren können. Das ist – wie wir alle wissen – nicht gerade eine Selbstverständlichkeit in diesem Land. Erst vor wenigen Monaten wurden wir Augenzeugen oder direkt Betroffene eines ungeheuren bundesweiten Polizeieinsatzes, der aber auch an den BRD-Grenzen keinen Halt machte. Die unvergleichliche Hetze gipfelte in Behauptungen der Polizeigewerkschaft, es gäbe die Absicht von kurdischer Seite, nun auf Polizisten zu schießen. Außenminister Kinkel heizte die Stimmung dadurch an, daß er in der Öffentlichkeit darüber schwadronierte, die PKK habe Morddrohungen gegen ihn gerichtet. Das ist Rassismus pur, der dazu dienen soll, die Menschen in diesem Land gegeneinander aufzuheizen. Das muß ein Ende haben!

Die Herrschenden benutzten diese von ihnen provozierte kurdenfeindliche Stimmung für eine Verschärfung des Ausländerrechts. In jenen Tagen durfte dementsprechend auch jede und jeder mal kräftig zuschlagen mit Vorschlägen, wie sich die BRD möglichst schnell der Ausländerinnen und Ausländer hier entledigen kann. Pläne hierzu liegen schon lange in den Schubladen dieser Damen und Herren und noch länger in deren Köpfen.

Erst am Mittwoch dieser Woche versuchten die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, ihr Gesetzes-Horrorpaket durch den Innenausschuß zu peitschen. Was ihnen aber durch den massiven Protest der Oppositionsparteien erst einmal nicht gelang. Die Bundesregierung ist auf dem besten Wege, sich von einer an Menschenrechten orientierten Politik zu verabschieden. Sie instrumentalisiert die Folter in der Türkei für ihre innenpolitische Abschreckungsstrategie.

Ich fordere: Keine Verschärfungen der sowieso schon diskriminierenden und die Rechte von „Ausländerinnen“ und „Ausländern“ eingrenzenden Sondergesetze. Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden als auch von türkischen Oppositionellen in die Türkei müssen sofort beendet werden.

(...)

Damit sich in der BRD alle an der Diskussion um eine politische und friedliche Lösung in Kurdistan beteiligen können, ist die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit unbedingte Voraussetzung. Ich fordere deshalb die sofortige Aufhebung des sog. PKK-Verbots.

Kämpfen wir weiter gemeinsam gegen das Schweigen, gegen Gleichgültigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung weltweit.

Es lebe Kurdistan! Es lebe die internationale Solidarität!

#### ERNK

##### Lösung der Konflikte mit Deutschland durch politischen Dialog

(...) Das kurdische Volk und seine Avantgarde, unsere Partei, die PKK, kämpft seit 13 Jahren ununterbrochen. Unser Land Kurdistan und der Nahe Osten werden zum ersten Mal Zeuge eines derartigen ununterbrochen und langgeführten Kampfes. Der Kampf des kurdischen Volkes trägt in einem nicht zu unterschätzenden Maße auch zu der Befreiung des türkischen Volkes, der Völker und der Menschheit bei. Die Türkische Republik befindet sich in der unumkehrbaren Situation der Niederlage. Der türkische Staat und seine Armee erleben die erfolgloseste und dunkelste Phase seit ihrer Gründung. Seine gegenwärtige Politik ist trotz der gerade gebildeten Koalitionsregierungen und jeglicher Ablenkungsmanöver in eine Sackgasse geraten. Die ökonomische Krise des Spezialkriegsregimes führt die unaufhaltsame Auflösung der Türkischen Republik deutlich vor Augen. Die Außenpolitik und das mit Israel geschlossene Abkommen bedeuten nichts anderes, als die Türkische Republik zum Verkauf anzubieten. Der politische Vorstoß unserer Partei, der mit der Waffenstillstandserklärung begonnen hat, hat die Autorität des türkischen Staates im internationalen Rahmen wirkungslos gemacht. (...)

Die Botschaft von Euch Zehntausenden, die sich hier in Hamburg versammelt haben, ist offen und klar. Das kurdische Volk ist zu jeder Zeit darauf bedacht, mit keinem europäischen Staat in Konflikt zu geraten. Diese Haltung wird auch weiterhin fortbestehen. Die Konflikte mit Deutschland können nicht mit Gewalt und mit Vorurteilen, sondern nur durch Dialog gelöst werden. Dies befürworten wir. Die Lösung der Konflikte durch politischen Dialog wird unseren Völkern nicht zum Nach-

teil, sondern zum Vorteil sein. Diesbezüglich wird die ERNK und das kurdische Volk alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten beitragen. Daß wir das Gleiche vom deutschen Staat fordern, beweisen wir mit der heutigen Demonstration und Kundgebung.

#### Hans Branscheid, medico international, Hannoveraner Appell

##### Unsere Botschaft von dieser Demonstration ist eine an den Innenminister

(...) Es ist bekannt, daß Folter herrscht. Es ist allgemein dokumentiert, was die Bundesregierung an Waffen, Krediten, Ausbildungsleistungen, Sonderhaushalten und touristischer Förderung tut und getan hat, um das Unrecht zu fördern, dessen Durchführung auf einen tendenziellen Völkermord hinausläuft.

Wir brauchen das nicht immer wieder zu sagen. Wir müssen jedoch erklären, daß deswegen die Verbote sich ereigneten. Daß kurdische Zentren, Vereine, Zeitungen und eben auch Demonstrationen verboten werden mußten, weil die Wahrheit so äußerst unangenehm war. Die Verbote und Repressalien haben eine Logik. Sie sollten die Täter schützen und jene, die ihnen mit Beihilfe zur Verfügung standen.

Und genau das ist ihnen nicht gelungen: Wir sind heute hier zusammen und durchbrechen die undemokratischen Verbote der Vergangenheit. Und das ist

das Entscheidende, was sich auch heute hier schon zeigt, unsere Botschaft von dieser Demonstration ist eine an den Innenminister.

Die Botschaft lautet: Ihre Verbote gelten nicht mehr! Sie verstoßen gegen die Grundrechte. Sie hindern eine friedliche politische Lösung für Kurdistan. Sie führen auch international zu einer Isolierung der Position der Bundesregierung.

Der Appell von Hannover ist ein erster großer Zusammenschluß von Bürgerinnen und Bürgern und Prominenten und Menschen des öffentlichen Lebens, die mit ihrem Namen und ihrer Unterschrift klar machen, daß kein Verbot mündlos machen kann gegenüber der Forderung auf eine soziale, demokratische und gerechte politische Lösung für alle Kurdinnen und Kurden, auf Demokratie und Freiheit für alle Menschen der Türkei und des Nahen Ostens ...

Der Appell von Hannover wird nun auch zu einem von Hamburg und demnächst auch zu einem von Bonn: „Sie werden nicht mehr länger verhindern können, daß auf der historischen und politischen Tagesordnung die Forderung nach Frieden und Gerechtigkeit für Kurdistan stehen wird, ohne die es keinen Frieden im ganzen Nahen Osten geben wird.“

Verstehen Sie endlich, wum es geht: Freiheit für Kurdistan, Freiheit für Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Ohne Abschiebungen und Verbote. Lernen Sie diese Lektion schnell. Denn die Zeit arbeitet gegen Sie, nicht gegen uns. Die kurdische Demokratie wird Tatsache und Wahrheit werden!

#### Grußbotschaft von HBV und ÖTV Hamburg Einschneidende Änderung der deutschen Türkei-politik notwendig

(...) Wir treten gemeinsam mit Euch ein für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes. Wir unterstützen die im Appell von Hannover erhobenen Forderungen, insbesondere die Verpflichtung aller Staaten der Europäischen Union, den Prozeß der Demokratisierung in der Türkei zu unterstützen und die unverzichtbare Achtung der Menschenrechte mit allen geeigneten Mitteln durchzusetzen. Dazu gehört, die wirtschaftliche Kooperation und Lieferung militärischer Güter von einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage abhängig zu machen.

Dazu ist vor allem eine einschneidende Änderung der deutschen Türkei-politik notwendig, die konkrete Bedingungen für eine politische Lösung benennt und die Beendigung des Krieges zur Voraussetzung macht. (...)



# Staatskrise in der Türkei

Von  
Rudolf Bürgel

Ende Mai zerbrach die kaum drei Monate alte Regierungskoalition von ANAP und DYP, die Yılmaz und Ciller auf Druck der Militärs gebildet hatten. Es war eine Regierung, in der Militärs, Polizeichefs und zwei ehemalige Supergouverneure der kurdischen Provinzen in den zentralen Regierungsämtern wie Bildung, Justiz, Polizei und Inneres saßen.

Jetzt favorisiert die in der Türkei herrschende Feudal- und Militärclique die Bildung einer Allparteienregierung unter Beteiligung der islamistischen Refah-Partei unter Führung Erbakans, die die stärkste Parlamentsfraktion stellt. Gerade in den Kommunalwahlen kam deutlich zum Ausdruck, daß die Regierungskoalition ihren Anhang unter den Arbeitern und Bauern verliert. Die Refah-Partei ging in den Kommunalwahlen als Siegerin hervor und regiert in den Großstädten Ankara, Istanbul und Izmir. Auch unter den in Kurdistan stationierten Militärs und unter der kurdischen Bevölkerung gewinnt sie mit ihrer Parole „gegen den Bruderkrieg in Kurdistan“ zunehmend Anhänger.

Die von der Refah-Partei geförderte nationalistisch-islamische Bewegung

soll die tiefen Risse in der türkischen Gesellschaft kitten helfen, die der Krieg des türkischen Regimes in Kurdistan gegen die PKK und die Zivilbevölkerung gerissen hat. Der türkische Staatshaushalt ist dem Krieg in Kurdistan untergeordnet. Über 70 Mrd. Dollar Auslandsschulden lassen die Inflation nicht zum Stillstand kommen. Die Regierung Yılmaz-Ciller beschloß weitere Lohnsenkungen, Erhöhung von Steuern und Preisen von Grundnahrungsmitteln. Eine Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens in den kurdischen Provinzen ist nicht in Sicht. Die Regierung weigerte sich, auf das Waffenstillstandsangebot der PKK auch nur irgendwie einzugehen. Jeder Tag Krieg, jedes Bombardement in Südkurdistan kostet Millionen. Die Flucht kurdischer Menschen in den Westen der Türkei vor der Zerstörung ganzer Landstriche verlagert den Konflikt auch zunehmend in den Westen der Türkei. Eine Verbindung mit den Arbeiterkämpfen in der Türkei will das Militär unter allen Umständen verhindern. Die zunehmende Drangsalierung soll den türkischen Arbeitern und Bauern mit Chauvinismus und Nationalismus gepaart mit den islamischen Parolen der Refah-Partei nahegebracht werden.

Auf einer Sitzung des Ministerrates vom 26. Mai in Diyarbakir versuchte die Regierung zu reagieren. Sie legte einen „Regierungsbericht zur kurdischen Frage“ vor, den die Militärs im Nationalen Sicherheitsrat abgesegnet hatten. Der Bericht handelt von der PKK, dem kurdischen Exilparlament und seinen diplomatischen Anstrengungen, dem kurdischen Fernsehsender MED-TV, der Lage in den Gefängnissen und der Situation der kurdischen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Soweit bekannt ist, sollen „kurdische Persönlichkeiten“ gesucht, „Bewegungsfreiheit für bestimmte kurdische Organisationen“ gewährt und ein kurdisches Fernsehen gegründet werden. Für einen Regierungsfernsehsender, der von Diyarbakir ausgestrahlt werden soll, wurden 20,6 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden. Keinesfalls ist an ein Ende des Krieges in Kurdistan gedacht. Der Ausnahmezustand wurde verlängert, die Armee marschierte über die irakische Grenze nach Südkurdistan und auch für zwei Tage über die syrische Grenze nach Südwestkurdistan ein. Eine Regierungsbeteiligung der Refah-Partei soll diesen Krieg auch weiterhin ermöglichen.

## Türkei verschärft Ägäis-konflikt mit Griechenland

Am 31.1.96 drohte der Konflikt um die griechischen Ägäisinseln militärisch zu eskalieren. In der Nacht hielten türkische Nationalisten auf der unbewohnten Felseninsel Imia die türkische Fahne. Auf Druck der Nato zogen Griechenland und die Türkei ihre aufgefahrenden Kriegsschiffe ab. Wenig später hielten die USA, Albanien und die Türkei außerhalb des Natorahmens gemeinsame Seemanöver ab. Ende Mai verschärfte der türkische Außenminister Gönensay den Konflikt, als er der Status der von 300 Griechen bewohnten Insel Gavdos an der Südküste Kretas im Zweifel zog. Gavdos gehöre zu den Inseln, die man „überprüfen“ müsse, sie läge in einer „Grauzone“. Während in Genf Sonderbotschafter Griechenlands und der Türkei auf Forderung der Nato Sondierungsgespräche für ein Treffen ihrer Außenminister am Rande der Berliner Natotagung führten, rammte ein türkisches Kriegsschiff ein griechisches Patrouillenboot nur 400 Meter von Imia entfernt. Daraufhin sagte die Athener Regierung die Berliner Gespräche ab. Zur Zeit führt die türkische Marine Seemanöver in der östlichen und südöstlichen Ägäis durch. Griechenland versetzte seine See- und Luftstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft.

Seit Jahren erhebt die Türkei Ansprüche auf die griechischen Inseln, die der türkischen Küste vorgelagert sind. Schon mit ihrer Zypern Invasion 1974 versuchte die Türkei, die Ägäisgrenzen neu zu ziehen. Der damalige türkische Ministerpräsident İmralı erklärte: „Die Hälfte der Ägäis gehört uns, alle Welt muß das wissen.“ Die ehemalige Ministerpräsidentin Ciller, ihr Außenminister Cetin und der türkische Generalstab weiteten diese Ansprüche im letzten Jahr auf die gesamte Ägäis aus und forderten eine Revision völkerrechtlicher Abkommen. Die Inseln waren nach den griechischen Befreiungskriegen von der osmanischen Herrschaft Anfang des 19. Jh., dem türkischen Balkankrieg Anfang des 20. Jh. und dem Friedensvertrag von Lausanne 1923 als griechisches Territorium anerkannt worden. Hintergrund des Konflikts sind reiche Ölvorkommen in der Ägäis, die z.T. schon heute von Griechenland ausgebeutet werden, sowie der strategisch wichtige Zugang zu den Meerengen zwischen Mittelmeer und Schwarzen Meer.

Vom 10. bis 13.6. besuchte der griechische Staatspräsident Stefanopoulos die BRD. Die griechische Regierung erhoffte sich von Kohl und Kinkel eine klare Stellungnahme. Sie wurde enttäuscht. Die Bonner Regierung erklärte ihre „strikte Neutralität“, kritisierte aber die „Blockadehaltung“ Griechenlands gegenüber der Türkei in EU und Europarat und forderte von Griechenland die Freigabe einer 700 Mill. ECU-Beihilfe für die Türkei. Wenige Wochen zuvor hatte die Bundesregierung eine weitere Unterstützung des türkischen Flottenbauprogramms bekanntgegeben. Der griechische Ministerpräsident Simitis erklärte nun, daß sein Land entschlossen sei, sich notfalls auch militärisch „gegen die türkische Aggression“ zur Wehr zu setzen. Dazu sollen Luftwaffe und Luftabwehr weiter gerüstet werden. Auch behalte sich Griechenland die Erweiterung seines Hoheitsgebietes in der Ägäis auf die völkerrechtliche 12-Seemeilenzone vor. In der Türkei nutzt das türkische Regime diesen Konflikt zu einer nationalistisch-chauvinistischen Kampagne, die auch über die Zerrüttung der türkischen Gesellschaft durch den Krieg in Kurdistan hinweghelfen soll.

Quellen: Athener Zeitung vom 31.5.96, Athens News vom 2.6.96, Der Tagesspiegel vom 16.6.96

## Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen dauert an

Seit dem 27. Mai befinden sich Tausende kurdische und türkische politische Gefangene in 40 Gefängnissen im teilweise unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern in einem 32-Punkte-Katalog menschenwürdige Behandlung, Schluß mit der Folter, Ablösung des Justizministers Mehmet Agar, keine Einlieferung der über 10.000 politischen Gefangenen in die Einzelzellen der neuen Hochsicherheitsgefängnisse sowie die sofortige Beendigung des Krieges und der Zerstörungen in Kurdistan.

Der Hungerstreik war von PKK-Gefangenen im Staatssicherheitsgefängnis von Diyarbakir begonnen worden. Am 6. Juni wurden sie Polizei- und Jandarama-Einheiten überfallen und z.T. schwer verletzt.

Der Zustand vieler hungerstreikender Gefangener verschlechtert sich zunehmend. Eine medizinische Behandlung erhalten sie nicht.

In der Türkei und in Kurdistan wird der Hungerstreik unterstützt von Angehörigen, Parteien wie der HADEP, EP und ÖDP, Gewerkschaften und der türkischen Friedensbewegung. Versuche, am Rande der Habitat-Konferenz in Istanbul auf die Situation in den Gefängnissen aufmerksam zu machen, wurde von der Polizei auseinandergeschlagen.

Am 18. Juni wollten Mitglieder des Menschenrechtsvereins İHD, des Vereins Fortschrittlicher Juristen sowie der Gewerkschaftsplattform KESK ein Telegramm vom Postamt Sirkeci in Istanbul zum Justizministerium in Ankara schicken. Die Polizei riegelte den Stadtteil ab und nahm 30 Leute fest.

In der Bundesrepublik finden Solidaritätshungerstreiks von Kurden und Türken in Berlin, Bonn, Frankfurt und Stuttgart statt.

In Bonn versuchten die Hungerstreikenden dem UN-Generalsekretär Boutros Ghali auf einer Pressekonferenz während seines BRD-Besuchs eine Do-

kumentation zu überreichen. Dagegen griff die Polizei ein und nahm 19 Leute fest. (rub)

## Jetzt soll auch die HADEP verboten werden

Das türkische Regime rückt keinen Millimeter von seiner Massakerpolitik in Kurdistan ab. Gerade beschloß das Parlament die Verlängerung des Ausnahmezustands in den kurdischen Provinzen; die türkische Armee drang wieder über die irakische Grenze nach Südkurdistan ein und Anfang Juni auch für zwei Tage über die syrische Grenze nach Südwestkurdistan in der Nähe von Afrin. Jetzt will das türkische Regime die sich gegen den Krieg in Kurdistan formierende Oppositionsbewegung zerschlagen. Als Angriffsziel hat sie sich die HADEP genommen, die den einseitigen Waffenstillstand der PKK begrüßt und die Einleitung eines Friedensprozesses in Kurdistan fordert.

In den Abendstunden des Sonntag überfielen türkische Sicherheitskräfte den Parteikongreß der HADEP in Ankara, fast der gesamte Parteivorstand wurde verhaftet. Mit unglaublicher Brutalität prügelten die Sicherheitskräfte auf die Delegierten ein. Rund 200 Menschen sollen teilweise schwer verletzt sein. Drei Delegierte wurden auf dem Weg in ihre Heimorte regelrecht hingerichtet, das HADEP-Büro in Izmir durch ein Bombenangriff zerstört. Als Vorwand für diese Brutaltäten hatten die Sicherheitsbehörden das Zeigen von Fahnen der kurdischen Befreiungsbewegung ERNK genommen.

Es folgt eine Presseerklärung der Kurdistan Informations-Zentrums aus Köln. (rub)

„Erneut begeht der türkische Staat schwere Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung. Nach dem erfolgreich durchgeführten HADEP-Kongreß in Ankara griffen die Sicherheitskräfte mit unbeschreiblicher Ge-

walt die Delegierten an. Diese Angriffe wurden von langer Hand vorbereitet, denn kurz davor sagte der Innenminister Ülkü Güney nach einer Sitzung in Fragen der Sicherheit: „Wir werden das Notwendige tun“, parallel hierzu ließ die Staatsanwaltschaft wissen, daß sie „Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet haben“.

Murat Bozlak, Vorsitzender der HADEP, und weitere 30 Führungsmitglieder der Partei wurden provokativ festgenommen und befinden sich weiterhin in Haft. Somit ist dieser Angriff ein weiteres Glied in der Kette der Angriffe auf HEP und DEP, die verboten wurden.

Die Angriffe begannen am 23.6. um 23.00 Uhr, nachdem die Polizei das Gebäude unter Blockade nahm. Anschließend wurden Führungsmitglieder der HADEP ohne ersichtlichen Grund verhaftet. Um 4.00 Uhr am 24.6. wurde der Vorsitzende der HADEP, Murat Bozlak, verhaftet. Die anwesenden Delegierten protestierten friedlich vor dem Kongreßgebäude gegen diese Willkürmaßnahmen, woraufhin die Sicherheitskräfte mit unsagbarer Brutalität die Delegierten mit Schlagstöcken verprügelten. Journalisten der Zeitungen Demokrasi, Milliyet und TGRT wurden auch verprügelt, die Filmaufnahmen der Demokrasi-Journalisten wurden beschlagnahmt.

Weitere Delegierte, die sich mit dem Bus auf dem Rückweg befanden, wurden in der Nähe von Kayseri durch eine schwerbewaffnete 10köpfige Konterguerilla-Einheit aufgehalten, aus dem Bus abgesetzt und mit MGs niedergemäht. Hierbei wurden Hulusi Kul, Vorstandsmitglied der HADEP von Bahcelievler, Mehmet Kaya, Vorstandsmitglied der HADEP von Elbistan, und Mustafa Öztürk, ehemaliger Vorsitzender der HADEP in Elbistan, getötet. Mehmet Kisa wurde bei diesem Angriff schwer verletzt und befindet sich seitdem in Lebensgefahr. Infolge dieser Angriffe und Mißhandlungen sind hunderte von Zivilisten schwer verletzt und verhaftet worden. (...)



# Fortsetzung der Straflosigkeit?

## Honduras – Reformprojekt in Gefahr

Glaubt man den Worten von Ricardo Lagos, dem honduranischen Botschafter in der Bundesrepublik, so haben seit dem Antritt der „sozialdemokratischen“ Regierung unter Präsident Carlos Roberto Reina im Januar 1994 keine Menschenrechtsverletzungen mehr stattgefunden.

Übergriffe gegen Angehörige linker Oppositionsgruppen – zu denen sich der Botschafter früher selber einmal rechnete – haben tatsächlich abgenommen. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Honduras andere Formen von Menschenrechtsverletzungen weiterhin an der Tagesordnung sind.

In den Städten gehen Polizei und private Sicherheitsdienste willkürlich gegen Straßenkinder und Jugendbanden vor, wobei es immer wieder zu Todesfällen kommt. In der Maquiladora-Industrie, den Weltmarktfabriken, die in den letzten zehn Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftssektor in Honduras geworden sind, sind gravierenden Verletzungen von Arbeitsrechten an der Tagesordnung: In einigen Bekleidungsbetrieben werden den beschäftigten Frauen zwangsweise Abtreibungsspritzen verabreicht, damit für die Betriebsbesitzer keine „unerwarteten“ soziale Abgaben entstehen.

Das historisch, juristisch oder sozial begründete Recht an Landeigentum vieler Bauern- und Indigena-Gemeinden wird bis heute mit militärischer Gewalt oder durch bürokratische Hindernisse in der Agrarreformbehörde unterbunden. In vielen Fällen sind hochrangige Militärs oder selbst Angehörige der liberalen Regierungspartei Besitzer von Ländereien, die den Gemeinden geraubt wurden.

Wo Bauernfamilien das Recht an ausreichendem Land zur Eigenversorgung verwehrt wird, was vor allem in den indianischen Regionen der Fall ist, sind in den letzten Jahren Hungersnöte und Epidemien zur Alltagsrealität geworden.

Darauf, daß es auch positiven Veränderungen unter der Regierung Reinas gibt, sollte jedoch auch hingewiesen werden. Aufgrund der Proteste zahlreicher ziviler Gruppen führte Präsident Reina im letzten Jahr einen freiwilligen Wehrdienstes ein, um das jegliche Rechte mißachtende System der willkürlichen Zwangsrekrutierungen zu unterbinden. Gleichzeitig wurde die Kriminalpolizei aus dem Machtbereich der Armee herausgelöst und einem zivilen Ministerium unterstellt. Die Verantwortung der ehemals militärischen Kriminalpolizei für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen ist im Wahrheitsbericht „Die Taten sprechen für sich selbst“, der sich mit den Fällen von 197 verschunden Personen zwischen 1980 und 1993 befaßt, dokumentiert.

Vor allem dem unabhängigen Menschenrechtskomitee CODEH, den Angehörigen der Verschwundenen und einem mutigen Richter ist es zu verdanken, daß vor einem Jahr ein Gerichtsverfahren gegen zehn Offiziere eröffnet wurde, die 1982 an der Entführung und Folterung von sechs StudentInnen beteiligt waren.

Dieses Verfahren ist vorerst der letzte Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen zivilen Emanzipationsbestrebungen und militaristischen Tendenzen in der honduranischen Gesellschaft.

Um diese Entwicklung zu verstehen, ist ein Blick in die jüngere Geschichte von Honduras sinnvoll.

Anfang der 80er Jahre wurde Honduras von der US-Regierung zum Bollwerk gegen den „Kommunismus“ und die Be-

freiungsbewegungen in den Nachbarländern ausgebaut. Dazu mußte Honduras nach außen als „demokratischer“ Staat dargestellt werden; gleichzeitig bedurfte es aber auch einer Unterdrückung der honduranischen Massenbewegungen, die sich der militärischen Präsenz und politischen Fremdbestimmung der USA widersetzen. Dafür wurde unter dem Vorsitz des 1982 zum Armeechef aufgestiegenen General Gustavo Alvarez Martínez die sogenannte „Allianz für den Fortschritt in Honduras“ (APROH) gebildet. Dieses parallele Regierungsgremium bestand aus ultrarechten Politikern, Unternehmern und Generälen und koordinierte die Repressionsmaßnahmen. General Alvarez schuf das berüchtigte Sonderbataillon 3-16, das zusammen mit der Kriminalpolizei zum Hauptverantwortlichen für die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, politischer Morde und „verschwundenen“ Personen in Honduras wurde. Im März 1984 wurde General Al-



Indianerfrauen protestieren gegen die Repression

varez aufgrund innerer Streitigkeiten in der Armeeführung abgesetzt und fünf Jahre später ermordet. Viele ehemalige APROH-Mitglieder haben bis heute einen starken Einfluß im politischen und wirtschaftlichen Leben behalten. Zwischen 1982 und 1992 erhielt Honduras 510 Mio. Dollar Militärhilfe aus den USA. Die hochgerüstete und von CIA-Agenten beratene honduranische Armee ließ sich wiederholt zu Angriffen auf Nicaragua anstacheln, beteiligte sich an Massakern an salvadorianischen Flüchtlingen und wurde zur Unterdrückung der honduranischen Volksbewegungen eingesetzt. Gleichzeitig gewährte die US-Regierung dem honduranischen Staat eine großzügige Wirtschaftshilfe, die diesen auf lange Zeit stabilisierte.

Es ist jedoch anzumerken, daß trotz allem die honduranische Verfassung nie außer Kraft gesetzt wurde und formal eine alle vier Jahre neugewählte Regierung antrat. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den Nachbarländern, wo Bürgerkriege herrschten und Menschenrechtsverletzungen in Uniform häufig in den Genuß politischer Amnestien kamen.

Gegen Ende der 80er Jahre entspannte sich die Situation in Mittelamerika. Dies bedeutete für Honduras ein Rückgang der Unterstützungsgelder aus den USA und die Notwendigkeit, andere Finanzquellen zu erschließen.

Im November 1989 gewann das ehemalige APROH-Mitglied Rafael Callejas von der Nationalen Partei die Wahlen. Als Präsident schlug er einen strengen neoliberalen Kurs ein, um beim Internationalen Währungsfond und der Weltbank kreditwürdig zu werden. Proteste und Streiks gegen den neoliberalen Kurs, der im Agrarsektor einer Kriegserklärung an Genossenschaften und indianischen Dorfgemeinschaften gleich-

kam, konnten mit Hilfe des Militärs unterdrückt werden.

Zwischen 1990 und 1993 reduzierte die US-Regierung ihre Militärhilfe von 21 auf 2,7 Mio. Dollar, weil sie die honduranische Armee als Unterdrückungsinstrument und antikommunistisches Bollwerk immer weniger benötigte. Da der Armeeführung ihre traditionellen Einkünfte aus dem illegalen Drogen- und Waffengeschäft nicht genühten, baute sie ihre Vormacht in politischen Institutionen und in legalen Geschäftsbereichen weiter aus. Über ihren Renten- und Investitionsfond gehört der Armee die staatliche Telefongesellschaft und Zementproduktion, außerdem Banken, Versicherungen, Ausbildungszentren und vieles mehr.

Solange Streit- und Sicherheitskräfte ihre Waffen gegen die Volksbewegungen einsetzten, geschah dies mit Unterstützung der herrschenden Klasse. Seit die Armee aber damit anfang, auch Angehörige der Oberschicht zu ermorden – häufig spielt geschäftliche Konkurrenz dabei eine Rolle –, begann sich die Meinung bei Teilen der herrschenden Klasse zu wandeln.

Im März 1993 wurde nach Putschdrohungen eine Kommission bestehend aus Vertretern von Armee, Kirche, Parteien und Justiz gebildet, um Reformvorschläge für die Armee und das Justizwesen zu erarbeiten, mit denen der Straffreiheit der Streit- und Sicherheitskräfte Einhalt geboten werden sollten. Außerdem wurde beim staatlichen Menschenrechtsbeauftragten der Wahrheitsbericht in Auftrag gegeben.

Im Januar 1994 übernahm Carlos R. Reina von der Liberalen Partei das Präsidentenamt. Den neoliberalen Kurs seines Vorgängers schwächte er leicht ab. Gleichzeitig begann er mit der Umsetzung der Reformvorschläge für Armee, Polizei und Justiz. Die Armeeführung, der auch ehemaligen Kommandeure des Sonderbataillons 3-16 angehören, drohte mehrfach mit Putsch, zum letzten Mal im Herbst 1995, als gegen die zehn Armeeeoffiziere das Gerichtsverfahren eröffnet wurde.

Worum geht es in diesem Verfahren?

Die Entführung und Folterung der sechs StudentInnen ist exemplarisch im Wahrheitsbericht behandelt: Am 27. April 1982 wurden sie in Tegucigalpa im Stadtteil Miraflores verhaftet. In den Morgenstunden drangen bewaffnete, zivil gekleidete Agenten der militärischen Kriminalpolizei in das Haus des zwanzigjährigen Rechtsstudenten und Aktivisten der Studentenorganisation „Universitäre Revolutionäre Kraft (FUR)“, Milton Danilo Jiménez Puerto, ein. Die BewohnerInnen des Hauses, Milton seine Schwester, zwei weitere Kommilitonen, der benachbarte Staatsanwalt Rivera Torres und dessen beiden Töchter wurden im Schlaf überrascht.

Auf den Protest des Anwaltes hin zogen sich die Agenten zurück, doch kam eine auf 20 Personen angewachsene Gruppe eine halbe Stunde später zurück und nahm die sechs StudentInnen zusammen mit dem Anwalt fest. Der Leiter der Operation hantierte mit einem Walkie Talkie rum und erklärte, „sie würden nur Befehle ausführen“.

Die Gefangenen wurden mit zwei

Fahrzeugen ohne Nummernschild auf ein nahegelegenes Polizeigefängnis im Stadtteil El Manchén gebracht. Nach wenigen Stunden wurde der Anwalt freigelassen; die StudentInnen wurden bis zum Abend ohne Kontakt zur Außenwelt in einer Zelle gefangen gehalten und dann mit verbundenen Augen und gefesselt an einen unbekannten Ort gebracht.

Dort wurden die drei jungen Männer und Frauen mehrere Tage lang ohne Essen festgehalten. Sie wurden gefoltert, Scheinhinrichtungen ausgesetzt und immer wieder über ihre politischen Aktivitäten ausgefragt. Am vierten Tag wurden sie an einen anderen Ort gebracht, wo ein Angehöriger der Streitkräfte um Entschuldigung für die Vorfälle bat und die Gruppe aufforderte, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen, um „Probleme für die Streitkräfte zu vermeiden“. Danach wurden vier von ihnen freigelassen.

Milton und sein FUR-Kollege Adán Guillermo López Lone wurden wieder in das Gefängnis im Stadtteil El Manchén gebracht. Am 7. Mai wurde ihnen mitgeteilt, daß sie wegen des Verbrechens „totalitärer und zersetzender Aktivitäten gegen die republikanische, demokratische und repräsentative Regierungsform zum Nachteil des honduranischen Staates“ angeklagt seien. Nach sechs Tagen wurden sie auf Kaution freigelassen. Im November 1983 stellte das Strafgericht den Prozeß ein.

Die zum Teil im Ruhestand befindlichen Offiziere Billy Joya, Jesús Trejo und Alexander Hernández, die zu den zehn Angeklagten gehören, haben sich ihrer Verantwortung entzogen. Seit Oktober halten sie sich versteckt. Billy Joya hat im März einen eigenen „Wahrheitsbericht“ mit Insider-Informationen aus dem militärischen Geheimdienst veröffentlicht, in dem ihre Aktivitäten in den 80er Jahren gerechtfertigt werden.

Der Chef der neuen zivilen Kriminalpolizei Wilfredo Alvarado erklärte Anfang Mai, „sie wüßten, wohin die Offiziere geflohen seien – doch sie könnten die Flüchtigen nicht festnehmen, weil sie ein Blutbad verhindern wollten“. Er bat den im Januar neu angetretenen Oberbefehlshaber der Armee, Hung Pacheco, der bis 1993 selber Polizeichef war, die flüchtigen Offiziere „zu präsentieren“.

Hier erweist sich die neue zivile Institution in ihrer ersten Bewährungsprobe nicht gerade als sichere Stütze im Prozeß der Entmilitarisierung der honduranischen Gesellschaft. Damit gerät das vorsichtige Reformprojekt von Präsident Reina, das immer auch den Kompromiß mit der Armeeführung suchte, in die Krise.

Scheitert das Verfahren, weil die Justiz der Flüchtigen nicht habhaft werden kann, dann bedeutet dies die Fortsetzung der Straflosigkeit der Armee. Um so wichtiger ist es daher, daß Menschenrechte und Strafflosigkeit Thema öffentlicher Debatten sind und bleiben.

Im Februar warf Präsident Reina dem langjährigen Vorsitzenden von CODEH, Dr. Ramón Custodio López, der einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Jahr 1995 herausgegeben hat, vor, er sei ein Fanatiker, der dem Land Schaden zufüge. Unfreiwillig hat der Präsident damit das Thema der Menschenrechte und Strafflosigkeit wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt.

gh, Honduras-Komitee Hamburg, Quelle: CL-Netz

# Keine Chance auf höheren Abschluß

## Ausländische Schüler: Schulbildung entsprechend dem Arbeitsmarktes

Schon mit dem Eintritt in das Schulalter wird staatlich organisiert die soziale Trennung zwischen aus- und inländischer Wohnbevölkerung betrieben. Zwar ist bis 1993 die Schulbesuchsquote junger Ausländer zwischen 6-15 Jahren im Bundesgebiet auf 83 vH gestiegen (1973 - 63 vH), liegt aber dennoch weit hinter der deutscher Jugendlicher (94 vH). Noch krasser wird die Differenzierung in der Altersklasse 15-20, wo 58 vH ausländischen und 91 vH deutschen Jugendlichen die Schule besuchen. Allein an diesen Zahlen wird deutlich, daß der Großteil ausländischer Schüler früh dem Arbeitsmarkt zugeführt wird.

Nach wie vor ist es schwierig, Erhebungen über die besondere Situation der ausländischen Bevölkerung zu erhalten. So ist beispielsweise die Anfang der siebziger Jahre in den jährlich erscheinenden Berufsbildungsbericht aufgenommene Berichterstattung über die benachteiligte Gruppe der ausländischen Jugendlichen seit einigen Jahren wieder stark eingeschränkt worden. Interessante Zahlen zur schulischen Situation ausländischer Schüler sind jedoch in einer Veröffentlichung des niedersächsischen Kultusministeriums zu finden.

In einem statistischen Bericht für das Schuljahr 1994/95 ist die Verteilung aller Schüler auf die einzelnen Schultypen ausgewiesen, dabei die Anteile der ausländischen Schüler gesondert. In einer Übersicht ist die Entwicklung der ausländischen Schüler nach Schultypen von 1975 bis 1994 (bis 1989 in Fünfersprüngen) aufgelistet. (siehe Tabelle)

Insgesamt ist der Anteil der ausländischen Schüler von etwa 2% auf 7% gestiegen. Analoges spiegelt sich in der Grundschule und der Orientierungsstufe.

Besonders auffällig ist der kontinuierliche Anstieg der ausländischen Kinder in den Schulen für „Lernbehinderte“. In der Sekundarstufe I lag er 1975 bei 2,2%, 1985 bei 9,9%, 1990 bei

13,7% und 1994 bei 20,2%. Die gleiche Tendenz, wie aus der Tabelle ersichtlich, in der Sekundarstufe II. Zwar ist die Gesamtschülerzahl in beiden Bereichen stark rückläufig, jedoch bei den ausländischen Schülern auch in den absoluten Zahlen steigend. Man kann also davon ausgehen, daß ein nicht unerheblicher Teil schon in den Schuljahren eins bis vier von einem normalen Schulverlauf abgekoppelt wird. Landesweit knapp vier Prozent und in Hannover beispielsweise 1994 sechs Prozent aller Schüler. Der kontinuierliche Anstieg ausländischer Schüler in dieser Schulform kann durchaus als schwindende Bereitschaft gedeutet werden, besondere Bedingungen oder kulturelle Abweichungen zu tolerieren.

Der Anteil an den Gymnasialschülern stieg von 1975 (0,8%) bis 1989 auf (2,7%), ist seither aber auf diesem niedrigen Niveau konstant. Und selbst an den Realschulen verharrt die Quote auf dem schon 1989 erreichten Stand von etwa 4,6%.

Das Freihalten der Gymnasien von ausländischen Schülern spiegelt sich dann auch in der schwachen Quote von etwa 3,5% (1994) ausländischer Schüler in der Sekundarstufe II. Etwas ausgleichend wirkt hier der Anteil ausländischer Schüler in den IGS, der etwa ihrem Anteil an der Gesamtschülerzahl entspricht. Allerdings stellt sich die Situation für Schüler aus bestimmten Ländern differenziert dar. Besonders schlecht z.B. für türkische Schüler oder welche aus Ex-Jugoslawien, die 58% der Gesamtschülerzahl ausmachen, im Sek. II-Bereich jedoch lediglich mit 2,5% bzw. 2,3% vertreten sind. Obwohl so große Gruppen eine Förderung beispielsweise im Sprachbereich erleichtern, scheint hier nichts zu passieren. Für die Gruppe kurdischer Schüler gibt es in Niedersachsen so gut wie keinen Sprachlehrer.

Der Vollständigkeit halber die Waldorfschulen: In ihnen lag der Anteil 1975 bei 2,4%, sackte bis 1980 auf 1,6% und

Entwicklung der Anteile ausländischer Schüler und Schülerinnen nach Schulformen in Niedersachsen

Erhebungsjahr	1975	1980	1985	1990	1994
Grundschule	2,7%	5,9%	5,9%	7,0%	7,9%
Hauptschule	2,5%	4,9%	6,1%	10,6%	12,0%
Realschule	0,6%	1,0%	2,4%	4,5%	4,7%
Gymnasium	0,8%	1,1%	2,0%	2,6%	2,8%
Schulen für Lernbehinderte / Sek. I	1,1%	4,0%	8,6%	11,8%	16,3%
Insgesamt	1,9%	3,6%	4,6%	6,2%	7,1%

Statistik der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen; Niedersächsisches Kultusministerium, 1995

verharrt seither bei knapp über einem Prozent. Die strukturelle Ausgrenzung setzt sich auffälligerweise auch in größeren Städten fort, in denen die Anteile ausländischer Schüler erheblich größer als im Landesdurchschnitt sind. Ein Einstellen auf die Bedingungen ausländischer Schüler, Maßnahmen besonderer Förderung, wären hier aufgrund der großen Anteile sicher leichter zu gestalten, finden jedoch nicht statt, oder zeigen keine Wirkung. So beträgt der Anteil ausländischer Schüler in Hannover 1994 ca. 19%. Der Anteil an den Sonderschulen beträgt hier 20,6%, an den Hauptschulen liegt er bei 36% und an den Gymnasien bei 11,7%.

Nach wie vor wird mangelnde Präsenz ausländischer Jugendlicher an Realschulen und Gymnasien mit kulturellen Besonderheiten, daraus resultierender fehlender Anpassung, Zwängen im Rahmen der Familienstruktur (früh dazu verdienen) u.a. begründet. In dieser Argumentation ist die Botschaft klar: eine Chance zu höherer Schulbildung erhält, wer sich jegliche Besonderheit wegintegrieren läßt. Die empirisch belegbare Benachteiligung wird mit dem Verhalten der ausländischen Wohnbevölkerung begründet, über Aufgaben der Schulen wird nicht nachgedacht. In der Folge ist jeder fünfte arbeitslose Jugendliche ohne deutschen Paß. Daneben entspricht diese Zurichtung durch

das Bildungssystem auch dem Nachfrageverhalten der Kapitalisten, die generell die Tendenz zu höheren Schulabschlüssen kritisieren, handwerklich praktische Orientierungen und weniger Theorieastigkeit fordern, die Berufsschulzeiten verkürzen wollen und dies mit Vorstößen für kürzere Berufsausbildungen flankieren. So gibt es in den Automobilkonzernen den Versuch, ein zweijährige (oder auch etwas längere auf jeden Fall von den Lerninhalten stark reduzierte) Kurzausbildung einzurichten, die „produktionsorientiert“ sein soll, da die massenhaft vorhandenen Bandarbeitsplätze derzeit aufgrund der Übernahmeregulungen häufig mit Facharbeitern besetzt werden müssen, um die Lohnkosten zu drücken.

Die in der schulpolitischen Diskussion auch vorhandenen Forderungen, strukturell benachteiligte ausländische Schüler besonders zu fördern, durch Einrichtung kleinerer Klassen, besondere Fördermaßnahmen, Sprachhilfen und vor allem ganztägige Schulangebote, dürften also ins Leere laufen, wenn sie nicht mit einer Kritik an den Anforderungen der Unternehmen ergänzt werden, die für „einfache Tätigkeiten“ die Ausbildungsstandards senken wollen und auf das Schulsystem wirken, zur Befriedigung dieser Nachfrage.

109



Stuttgart. 11 Juni 1996, am Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus: „Es darf nicht zur Normalität werden, daß die Republikaner im Landtag sind“, erklärte die Landessprecherin der VVN/BdA Anne Rieger, aus Anlaß der Eröffnung des neugewählten Landtags durch den Rep-Abgeordneten Eduard Hauser. Auch drei Landtagsabgeordnete der Grünen nahmen an der Mahnwache teil, die SPD hatte am Morgen durch ihren Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ulrich Maurer einen Kranz niedergelegt. Der Republikaner veröffentlichte einen Hetzartikel gegen die baden-württembergische VVN/BdA. Dabei geht es den Republikanern darum, die Gemeinnützigkeit dieser Organisation zu diskreditieren und Sozialdemokraten und Grüne persönlich anzugreifen, die z.B. der VVN/BdA Grußworte zu deren Landesversammlung geschickt hatten. Die baden-württembergische VVN/BdA hat gegen den „Republikaner“ juristische Schritte eingeleitet.

aus Kommunele Berichte Stuttgart und Antifaschistische Nachrichten

### Burschenschaften wollen wieder kämpfen

Eisenach. In den Deutschen Burschenschaften findet eine Auseinandersetzung über die künftige politische Ausrichtung statt. Der Rechtsausschuß des Dachverbandes hat - zum Erstaunen vieler Burschen - festgestellt, daß die Mitgliedschaft von Zivildienstleistenden den Verbandsgrundsätzen nicht widerspricht. Der Rechtsausschuß beugte so einer Abstimmungsausschüttung auf der Tagung des Dachverbandes vor. Nur knapp ging eine Abstimmung über die Wiedereinführung der Pflichtmensur verloren, für die eine Dreiviertel-Mehrheit notwendig gewesen wäre, mehr als Zweidrittel der Delegierten sprachen sich für die Pflichtmensur aus.

uld

### „Saubere Stadt“: Einsatz durch ABM-Kräfte

Essen. Auf Antrag der SPD hat der Essener Stadtrat bei seiner letzten Sitzung eine „Aktion Saubere Stadt“ beschlossen. Danach sollen im Rahmen von „Arbeit statt Sozialhilfe“- und ABM-Maßnahmen Langzeitarbeitslose eingesetzt werden, um den „Standortfaktor

saubere Stadt“ (O-Ton SPD) in Essen zu erhöhen. Die CDU jubelte und sah deutliche Bezüge zu dem von ihr vor Jahren eingebrachten und damals vom Rat abgelehnten Antrag zum Zwang von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen zu gemeinnütziger Arbeit. Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen stimmte dagegen. Sie kritisierte das Konzept als Kostenentlastung für Abfallverursacher und Mißbrauch von ABM-Maßnahmen. Tatsächlich werden beim Grünflächenamt Arbeitskräfte abgebaut, die durch die vom Arbeitsamt geförderten Billigkräfte ersetzt werden sollen. Das sieht auch das Arbeitsamt so, das für die von der SPD initiierte Aktion keine ABM-Mittel bewilligen will. Begründung: Es handelt sich um Standard-, und nicht um Zusatzaufgaben.

aus Lokalberichte Essen, wdr

### Heroin vom Staat?

Unter dieser Fragestellung fand das letzte Funkhausgespräch des WDR statt. Die Organisatoren luden Experten aus Zürich, Liverpool und Hamburg ein. Die TeilnehmerInnen auf dem Podium stellten die Modellversuche der kontrollierten Heroingabe in der Schweiz und der englischen Stadt vor. In den Modellversuchen können je cir-



## Klein, aber nicht ohne Erfolge

Störaktion gegen Hetendorfer Tagungswoche

Am ersten Tag der 6. Hetendorfer Tagungswoche beteiligten sich AntifaschistInnen aus dem gesamten Norddeutschen Raum an den Blockadeaktionen rund um das Nazi-Schulungszentrum Hetendorf 13 im Landkreis Celle. Mit 300 BlockiererInnen am ersten und 120 am zweiten Tag, blieb die Beteiligung hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Daß im nachhinein von einem Erfolg gesprochen werden kann, ist also weniger der eigenen Stärke, als vielmehr dem Zufall geschuldet. Unrealistische Erwartungen wie „Tagungswoche verhindern – Nazi-Zentrum knacken“ wurden nur noch von der Prognose des niedersächsischen Verfassungsschutzes übertroffen, welcher im Vorfeld Schätzungen von „bis zu 1200“ Störern streute. Mit vier Hundertschaften, drei Wasserwerfern, Reiterstaffeln und weiterem Großaufgebot hatten die Ordnungskräfte das Gelände Hetendorf 13 vor Beginn der Blockadeaktionen am 15.6. für den Durchgangsverkehr gesperrt und hermetisch abgeriegelt. Angesichts einer relativ großen Pressepräsenz, mußte die Einsatzleitung jedoch befürchten, daß sie bei Räumung und Festnahme der BlockiererInnen als Erfüllungsgehilfe des Nazi-Anwaltes Jürgen Rieger dastehen würde, zumal ein Spiegel-TV Team bereits am Abend zuvor von uniformierten Nazis massiv bedroht worden war. Ein uniformierter und äußerst aggressiver Schlägertrupp aus Quedlinburg, angeleitet vom ehemaligen NF-Kader – jetzt „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront“ – Steffen Hupka, hatte bereits eine Stunde vor Beginn der Blockadeaktion eingetroffenen AntifaschistInnen aufgelauert und sie und ihr Fahrzeug erheblich traktiert. Vor diesem Hintergrund konnte dann die eigentliche Blockade am Samstag mit nur schwachen Kräften ab 6.30 Uhr für zehn Stunden tatsächlich alle Zufahrtswege sperren. Nachdem der Initiator der Tagungswoche, Jürgen Rieger, die Polizei vergleichend zur Auflösung der Blockaden aufgefordert hatte, suchte er sein Ziel durch Provokationen zu erreichen. Ein Autokonvoi verließ das Gelände und kehrte mit Zuwachs um eine scheinbar

wichtige Delegation aus Schweden zu einem der Blockadepunkte zurück. Nach einer dreiviertel Stunde verschaffte die Polizei den Neofaschisten Zugang zur Tagungsstätte. Ungefähr zehn einzeln eintreffende PKW hatten weniger Standvermögen und Verhandlungsgeschick und drehten angesichts der Blockadeaktion rechts bei.

**Blockade fortgesetzt**

Wie am Tag zuvor, wurden auch am Sonntag ab 6.30 Uhr die Zufahrtsstraßen zum Tagungsort blockiert. Anders als am Samstag stellte sich die Einsatzleitung jedoch auf den Standpunkt, daß sie den anreisenden Nazis den Zugang zum Nazizentrum mit Zwangsmitteln freizuräumen hätte. Als Reiterstaffeln in die Blockadegruppe hineinritten, wurde die Situation für die DemonstrantInnen immer bedrohlicher. Die BlockadeteilnehmerInnen beschlossen nach dreieinhalb Stunden die Aktion zu beenden, um nicht noch weiteren willkürlichen Repressalien ausgesetzt zu werden. Angesichts mehrerer Überfälle der als Saalschutz eingesetzten Nazischläger vor und nach den Blockaden, bei denen eine Frau und ein Motorradfahrer so schwer verletzt worden sind, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, lag das Verhalten der Polizei, genauer gesagt ihr Nichtverhalten gegenüber den uniformierten und bewaffneten Nazischlägern, im Bereich der Begünstigung von Straftaten.

**Internationales Nazitreffen**

Der rituelle Höhepunkt der Tagungswoche ist in jedem Jahr die sogenannte Sonnenwendfeier, wo am abendlichen Lagerfeuer völkisches Liedgut die NS-Romantiker in Wallung bringt. Am Donnerstag den 20. Juni zählten PressebeobachterInnen etwa 200 Anhänger des nordischen Rassewahn inklusive 40 militanter Jung-Aktivistinnen und damit nicht viel weniger TeilnehmerInnen als im vergangenen Jahr. Die Anreise von Faschisten aus Dänemark, Österreich und Schweden unterstreicht die Bedeutung der Hetendorfer Tagungswoche als eines der Foren des international organisierten Neofaschismus.

aus Antifaschist. Nachrichten, kun

## Boykottiert Shell

Bundesweiter Aktionstag

Shells rassistische Geschäftspolitik in Nigeria wurde in der Öffentlichkeit erst durch die Ermordung des Schriftstellers Ken Saro-Wiwa und 8 seiner Mitstreiter im November 95 durch das Militärregime des Generals Abacha bekannt. Es gab einen kurzen Aufschrei in den internationalen Medien. Danach wurde die Berichterstattung dünner. Trotzdem, die Informationslage ist klar. Seit 1958 verpestet der Konzern durch eine Art der Ölförderung, bei der in Europa sofort jegliche Produktion verboten werden würde, das Nigerdelta und zerstört damit die Lebensgrundlagen des Volkes der Ogoni. Den Widerstand der Bevölkerung gegen die Verseuchung der Luft, des Wassers und der Böden bricht Shell mit Hilfe der Militärdiktatur. 19 weitere Ogoni sollen in Nigeria vor Gericht gestellt werden. Die Anklage ist dieselbe, wie gegen Ken Saro-Wiwa und seine Freunde.

Inzwischen räumt Shell auch offiziell Fehler beim Umweltschutz in Nigeria ein, beschimpft aber im gleichen Atemzug die Ogoni als Saboteure und damit als Hauptverursacher der Umweltschäden im Nigerdelta. Demgegenüber behauptet der frühere Leiter der Shell Umweltstudien, Bopp van Dessel, der Konzern habe weder eigene noch internationale Vorschriften beachtet. Deshalb sei er 1994 aus Protest von seinem Posten zurückgetreten.

Nach der Ermordung der 9 Ogoni im letzten Jahr wurden von den Regierungen der „Heimatländer“ der in Nigeria tätigen Ölkonzerne (neben Shell, mit einem Anteil von ca. 50%, verwüsten auch Chevron, Mobil, Texaco, Elf und Agip das Land) geringfügige Sanktionen verhängt. Die entscheidende Stütze der Militärdiktatur in Nigeria aber, das Ölgeld, blieb unangetastet. Auch deutsche Asylrichter entdeckten vorübergehend, daß Nigeria vielleicht doch kein „sicheres Herkunftsland“ sei. Doch das ist schon wieder vorbei. Kurz nach Ostern wurde Jennifer Emeka nadenlos von der Zentralen Ausländerbehörde Köln nach Nigeria abgeschoben. Ihr Mann, Aktivist der sozialdemokratischen Partei Nigerias, war 1994 vom Re-



Plakat des Bündnis Anti-Shell

gime umgebracht worden. Sie selber wurde in der Haft vergewaltigt, konnte fliehen und kam in die BRD. Über ihr Schicksal nach der Abschiebung liegen uns keine Informationen vor. Bei ihrer Vorgeschichte ist aber davon auszugehen, daß sie wieder in die Hände ihrer bisherigen Peiniger gerät ...

Shell hofft, daß die Kampagne gegen sie versandet und versucht jegliches Aufsehen bei den Aktionen zu vermeiden. Nicht nur deshalb wollen wir versuchen, durch eine bundesweite Aktion am Samstag, dem 29.6.96, die Kampagne zu verbreitern und schlagen vor, daß an diesem Tag von 11 Uhr bis 13 Uhr es in mehreren Städten in der BRD an Shelltanksstellen zu Aktionen kommt. Die Aktionsformen sollten sich die örtlichen Gruppen überlegen. Zusagen, mitzumachen, liegen bisher aus Frankfurt, Köln, München, Kassel und Aachen vor. Wir fordern auf diesem Weg Gruppen in allen anderen – aber auch in den genannten Städten auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Druckvorlagen für Plakate, Flugblätter und Spuckies könnten wir von Köln aus zur Verfügung stellen.

Brechen wir den rassistischen Konsens! Shell-Boykott sofort! Stopp der Hinrichtungen in Nigeria! Abschiebestopp für nigerianische Flüchtlinge!

aus Lokalberichte Köln

Unsere Anschrift: Bündnis Anti Shell, c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75 - 77, 50674 Köln, Fax 0221-923 11 97, Tel: 0221/923 11 96 Konto: Kölner Südafrika Komitee, Postbank Köln, Kt.Nr. 22 60 805086 BLZ 370 100 50

ca 400 Schwerstabhängige ihr Heroin beziehen. Die ExpertInnen sind sich darüber einig, daß die kontrollierte Heroinabgabe nicht für jede DrogengebraucherIn der richtige Weg zur Drogenfreiheit ist, jedoch sei es für viele Menschen die einzige Möglichkeit, aus der offenen Drogenszene mit all ihren negativen Begleiterscheinungen herauszukommen. Der Hamburger Experte forderte auch für deutsche Städte die kontrollierte Heroinabgabe, dies scheiterte aber an dem starren Betäubungsmittelgesetz der BRD. Zwar habe der Bundesrat eine Gesetzesänderung eingebracht, diese sei vom Bundestag allerdings abgelehnt worden.

aus Lokalberichte Köln, MW

## Deckert-Prozeß: Milde Verurteilung

Weinheim. Am Freitag, den 21. Juni, verurteilte nun das Weinheimer Amtsgericht Günter Deckert wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer weiteren Freiheitsstrafe von 20 Monaten. Die Presse meldet, daß Deckert vorzeitig von der Polizei abgeführt worden sei, weil er während der Verhandlung den Richter und Staats-

anwalt Klein bedrohte. Fast ungenutzt konnte Deckert den Prozeß gezielt als Podium für seine Selbstdarstellung nutzen und beherrschen: Schließlich sah er ja – Originalzitat – den Prozeß als ein „Heimspiel“. So konnte er auch Gerichtspausen im Kreise händeschüttelnder Freunde verbringen, die ihn zum gelungenem Auftritt beglückwünschten und mit ihm allerlei „Regelungen“ über ihre Politik in Weinheim und über Besuche im Bruchsaler Knast vereinbarten.

aus Kommunale Berichte Mannheim

## Ermittlungen gegen DVU eingestellt

Kiel. Das Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Landtagsabgeordneten der „DVU-Liste D“ im Landtag von Schleswig-Holstein ist eingestellt worden. Der Verdacht auf Untreue und Unterschlagung sei nicht erhärtet worden, so die Kieler Staatsanwaltschaft. Die ehemaligen Abgeordneten standen unter Verdacht, in der „Deutsche Wochenzeitung“ von DVU-Chef Gerhard Frey überteuerte und daher unzulässige Anzeigen geschaltet und mit Mitteln der Landtagsfraktion bezahlt zu haben.

Antifaschistische Nachrichten, hma

## Hausdurchsuchung bei „anti atom aktuell“

München. Am Dienstag, den 11. Juni 1996, durchsuchten drei Beamte der Kriminalpolizeidirektion I München am späten Vormittag den Raum, wo die Redaktion Süd der Zeitschrift „anti atom aktuell“ ihren Sitz hat.

Sascha Paßlack legte gegen die Hausdurchsuchung sowie gegen die Beschlagnahme Widerspruch ein. Er erklärte: „Auch mit dieser Hausdurchsuchung soll versucht werden, Atomkraftgegner einzuschüchtern. Durchsuchung von Redaktionsraum der „anti atom aktuell“ sowie Repressionen gegen mich, den Pressesprecher der Mahnwache Gunden, sind daher nur konsequente. Dies stellt den Versuch dar, durch Einschüchterungen jede öffentliche Darstellung von Aktionen gegen Atomanlagen zu verhindern. Doch solange die Atomanlagen nicht abgeschaltet werden, gilt: Wir machen weiter!“

Richterin Schlude-Fröhlich vom Amtsgericht München ordnete diese Durchsuchung an, und zwar nach „Schriftverkehr, Druckvorlagen, Adressenverzeichnissen betreffend Herstellung und Verbreitung der Flugblätter: „CASTOR – wir stellen uns quer! Aus-rangiert!“

Laut Staatsanwaltschaft soll „der Beschuldigte (Sascha Paßlack) an den anderweitig Verfolgten Holger Jänicke in Dortmund ein Flugblatt sowie eine Druckvorlage mit der Aufforderung zum Verteilen bzw. Vervielfältigen und verteilen übersandt“ haben.

Sascha Paßlack wird beschuldigt, bei der Aktion „Ausrangiert!“ zur gewaltfreien Schienenmontage und somit zu Straftaten aufgefordert zu haben (§111 StGB), und zwar zur Zerstörung von Bauwerken (§305 StGB) und Störung öffentlicher Betriebe (§316b Abs. 1 Nr. 1 StGB).

Bei den bisher drei Aktionen „Ausrangiert!“ haben bisher jeweils zwischen 100 und 200 AtomkraftgegnerInnen an den Gleisen des Atomkraftwerks Gunden demonstriert.

Von anfangs 26 bis zuletzt 60 AktivistInnen haben dabei festlich und gewaltfrei Schotter entfernt und gewaltfrei Schotter entfernt, um den gefährlichen und unnötigen CASTOR-Transporten ihren Widerstand entgegenzustellen. Die Aktionen verliefen auch nach Aussage der örtlichen Polizei von Seiten der DemonstrantInnen stets friedlich und gewaltfrei.

Sascha Paßlack,  
Tel+Fax: 089/8712263  
aus Münchener Lokalberichte

# Ein politischer Trick und die DDR-Bürgerrechtler

## „Bürgerbüro“ aus der Taufe gehoben

Mit einigem propagandistischen Aufwand wurde in Berlin am 17. Juni 1996 die Gründung des Vereins „Bürgerbüro e.V.“ durchgeführt. Ihm gehören prominente Bürgerrechtler der DDR und prominente Vertreter des Establishments der Bundesrepublik an: Bundeskanzler Helmut Kohl, SPD-Fraktionsvorsitzender Rudolf Scharping u.a. Allerdings ließen sich diese Herren bei der Eröffnungsveranstaltung nicht sehen, andere, die sich angekündigt hatten, fehlten auch, sogar einige Mitinitiatoren wie Freya Klier, Konrad Weiß, Katja Havemann. Dafür drängelten sich die Anwesenden aber um die besten Plätze im Präsidium. Dort hatten neben „alten Herren, die auf neuen Stühlen sitzen“, wie Jürgen Fuchs, Bürgerrechtler, bei der Suche nach seinem Platz bemerkte. So kam es dort dann auch zu einer bunten Mischung. Der die Vereinsgründung leitende stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Lehmann-Brauns, neben der neuen Vorsitzenden des Vereins, Bärbel Bohley, Gründungsmitglied Vera Lengsfeld und Christa Nickels von den Grünen, Wolfgang Templin und Günter Nook, beides Politiker, die schon vorher mehr im Blick der Öffentlichkeit gestanden hatten, u.a. Es fehlte auch nicht Angelika Barbe (SPD), die in der Öffentlichkeit sich vehement für die „Aufarbeitung des DDR-Unrechts“ einsetzt und in deren Wohnung der Verein auf kleiner Flamme zu arbeiten beginnen wird. Bärbel Bohley hatte das „Haus der Demokratie“ in Berlin als Vereinssitz abgelehnt, weil dort „zu viele IM ein- und ausgehen“.

Bundeskanzler Kohl hatte Staatsminister Anton Pfeifer zur Veranstaltung beordert, der aber schon bald die Veranstaltung verließ. An seiner Stelle verlas Lehmann-Brauns ein Grußschreiben des Kanzlers, daß „der Verein sich der Macht der alten Kader, die sich mit schwer erträglicher Dreistigkeit zu Wort melden“ entgegenstellen solle. Eine noble Aufgabe, wenn man die vielen Menschen in Ostdeutschland bedenkt, die mit einer politischen Straffronte belegt werden.

Der Verein will sich schließlich auch dem Ziele widmen, sich „dem Ungeist zweier totalitärer Systeme“ zu widersetzen, die „in den Köpfen vieler Menschen fortleben“. „Als Diktatur ist die Lüge noch lebendig, häufig im Dienst von rein privaten, oft finanziellen Interessen“. Kritik an der Vergangenheit werde unterdrückt, und es gäbe „im östlichen Teil starke Interessen, diese Pro-

bleme unter den Tisch zu kehren, weil hier Vertreter des alten Machtapparates wieder starke Positionen innehaben“. Beispiele wurden genannt, wonach Opfer in den Verwaltungen immer wieder auf die Täter trafen. Alt-Kader hätten Macht, Geld und Eigentum und neue Karrieren. Und - da ließ man die Katze aus dem Sack - die PDS erweitere ihren politischen Einfluß, schon habe sie 9000 Mandatsträger. Das *Neue Deutschland* feiere sein 50jähriges Bestehen, so als ob nichts gewesen sei. Jürgen Fuchs hielt empört die letzte Sonderausgabe des *ND* in die Höhe.

Der Verein stellt sich somit offenbar die Aufgabe, Gerechtigkeit walten zu lassen und Beschwerden von Bürgern nachzugehen, die von ehemaligen Tätern angeblich erneut drangsaliert werden. Der Verein habe eine andere Auffassung von Gerechtigkeit als die PDS, die - nach Bohley - ihre Komitees der Gerechtigkeit habe. Allerdings sieht das Christa Nickels, die Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses, offenbar etwas anders, denn sie sieht in der Arbeit des Vereins „eine Chance, daß sich diejenigen besser artikulieren, die in unserer Demokratie kleingemahlen werden“ - auch vor allem Opfer aus DDR-Zeiten, die Forderungen zur Entschädigung und Rehabilitation haben.

Übrigens war die Idee zur Gründung eines solchen Vereins in einer Kaffeepaulstunde, die der Kanzler in der Wohnung Bärbel Bohleys verbracht hatte, entstanden. Nun allerdings zog der Kanzler vielleicht sogar die Fußballshow des bundesdeutschen Teams in England den Klagen vor, die sich vom Volk verlassen und von den Ereignissen überrollt sehen. Der Kanzler jedenfalls hat jetzt sein Gewissen beruhigt und Leute gefunden, die für Ordnung in Ostdeutschland sorgen und alten Seilschaften nachforschen werden.

Reinhard Schult, DDR-Bürgerrechtler, sagte in einem Interview auf die Frage nach den Motiven für die Annäherung der CDU an diesen Teil der Bürgerrechtler: „Vielleicht hofft die CDU, mit Hilfe dieser Leute die Geschichte ein bißchen umschreiben zu können und sich selbst die Weihe des Widerstandes zu verschaffen, die mit der Blockflöten-CDU nicht zu erwerben ist“.

Friedrich Schorlemmer hatte am Dienstag im Deutschlandfunk eine treffende Bemerkung parat: „Ich halte das für einen ziemlich perfekt organisierten Flop“.

(Quellen: *ND*, *BZ* vom 18.6.1996)

# Und immer wieder: Lehrstellen

## Viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive

In Mecklenburg-Vorpommern suchen zur Zeit 13 100 Jugendliche einen Berufsausbildungsplatz. Jedoch weiß jeder, daß es nur noch 2 900 freie Ausbildungsplätze gibt.

Nicht das erste Mal schreibt *Politische Berichte* über diese Situation in den ostdeutschen Ländern.

Nur, daß es in Mecklenburg noch weniger industrielle Arbeitsplätze gibt als in den anderen ostdeutschen Ländern (im Durchschnitt 48, aber in MV nur 28 pro tausend Einwohner). Nicht anders ist es aber in Sachen Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung von Jugendlichen. Wie in den anderen Ländern versuchen viele Unternehmen, sich dieser Verpflichtung zu entziehen.

Nur jeder dritte Betrieb stellt gegenwärtig Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Dieses Thema wurde in dieser Woche nun im Schweriner Landtag behandelt. Noch nie - so stellten alle Beteiligten fest - war die Situation so schlecht wie 1996. Der wirtschaftspolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Helmut Holter, forderte die Bundes- und Landesregierung auf, jetzt ein Programm vorzulegen, das allen Jugendlichen eine Lehrstelle sichert. Holter meinte, daß die von Bundesbildungsminister zugesagten 26 500 DM Förderung pro Stelle nicht ausreichen, weil sie eben nur 3 000 Stellen schaffen und damit nicht einmal ein Drittel des Bedarfs decken. Der PDS-Sprecher forderte, daß berufliche Erstausbildung ein einklagbares Recht wer-

den und jeder Absolvent eine Übernahme-garantie erhalten muß. Auch sei es erforderlich, die Unternehmen an den Kosten der Berufsausbildung zu beteiligen. Betriebe, die durchaus in der Lage sind, auszubilden, müssen mit einer Ausbildungsplatzabgabe belegt werden.

Schon im vergangenen Jahr wurde die Forderung von der PDS erhoben, ein langfristiges Programm zur Sicherung der Berufsausbildung für den Zeitraum von 1995 bis 2005 zu erarbeiten. Dieser Vorschlag wurde mit dem Verweis aus „zentralistische Einflußnahme auf ein funktionierendes Wirtschaftssystem“ zurückgewiesen. Offenbar haben die Selbstheilungskräfte des Marktes keine Ausbildungsplätze herbeigeschafft.

Wirtschaftsminister Seidel (CDU) sieht sogar die richtige Ausbildungskatastrophe erst 1997 und später heraufziehen, wenn jährlich 30 000 Bewerber zu erwarten sind. Allerdings will er die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ausbildungsfreundlicher gestalten, was heißt, über die Lehrlingsvergütung nachzudenken und die Durchführung der Berufsschule anders zu gestalten. Sein Appell richtet sich an die, die noch immer in der Vorstellung leben, der „Staat wird's schon richten“, „flexibler und mobiler“ zu sein, was nicht anders heißen kann, als auf Lehrlingsgeld, ordentliche Berufsschule und am Wohnort gelegene Lehrstellen zu verzichten. (Quelle: *Neues Deutschland*, 18.6.96)

(abe)

# „Marsch zum Reichstag“ der REPs verhindert

## Erfolgreiche Gegenkundgebung

Für den 16. Juni hatten die REPs bundesweit zu einer Kundgebung am Schloßplatz und einem Aufmarsch aus Anlaß des 17. Juni 1953 nach Berlin mobilisiert. Relativ kurzfristig haben die Grünen/Bündnis 90 und PDS zu einer Gegenkundgebung am Lustgarten, genau gegenüber des Schloßplatzes, und zu einem „Protestaufzug entlang der geplanten Marschroute der Reps“ aufgerufen. Diesem Aufruf folgten etwa 1000 Menschen. Der Schloßplatz, auf dem sich ca. 200 REPs versammelten, war von der Polizei hermetisch mit Gittern eingezäunt. Als Ordnertruppe bei den REPs betätigten sich bekannte Nazis aus dem Umfeld der „Nationalen“, insbesondere auch aus der „Kameradschaft Beusselkiez“. Die REPs konnten nur den Worten ihres Führers Schlierer lauschen und haben wohl auf Zureden der Polizei auf den Aufmarsch verzichtet. Um sicher zu gehen, daß die REPs nicht noch mit den Bussen zum Brandenburger Tor fahren und ihre zahlreich mitgebrachten Kränze dort niederlegen, wurde von der Gegenkundgebung noch eine Demo dorthin durchgeführt.

Die extreme Rechte und die Faschisten fühlen sich in Berlin in der Offensive: Nach dem Aufmarsch der Nazis am 1. Mai in Marzahn versuchten die REPs erstmalig in Berlin, offensiv auf die Straße zu gehen. Am 8. Juni versuchten die Nazis im Umfeld der „Nationalen“, vor dem Amtsgericht Tiergarten eine Kundgebung für ihren „Kameraden“ Marcus Bischoff durchzuführen. Bischoff sitzt im Knast wegen der Erstellung und Verbreitung des *NS-Kampfrufs* und gegen ihn ist ein weiteres Verfahren anhängig. Die 30 bis 40 Nazis, darunter der ehemalige FAP-Vorsitzende Lars Burmester waren wohl überrascht durch

die zahlreiche Anwesenheit von Antifas und verzogen sich wieder ohne ein Transparent entrollt oder ein Flugblatt verteilt zu haben.

Aufgrund der Geschehnisse der letzten Wochen ist in der Linken eine Diskussion nötig, wie in Berlin die darniederliegenden Antifa-Strukturen wieder belebt und aufgebaut werden können. So sind z. B. bezirklich organisierte Mobilisierungsstrukturen weitgehend nicht mehr vorhanden. Des weiteren scheint eine Klarstellung in der Linken notwendig, daß NS-Propaganda in der Öffentlichkeit kein Platz zu geben ist. Von diesem Konsens hat sich z. B. der Bezirksbürgermeister Buttler (PDS) in Marzahn verabschiedet. Ebenso das *Neue Deutschland*, das auf einer Veranstaltung über das Ostrowski-Papier die Anwesenheit des *Junge Freiheit*-Drahtziehers Roland Wehl duldete, trotz des Protestes von Menschen aus der „AG-Junge GenossInnen“, die dann die Veranstaltung verließen.

Von den Medien werden die zunehmenden Aktionen aus dem Spektrum der extremen Rechten weitgehend ignoriert: Daß sich die BVV-Tiergarten z. B. am 13. Juni einstimmig gegen den REP-Aufmarsch wandte, war nirgendwo zu lesen. Ebenso nichts aus der positiv hervorzuhebenden Presseerklärung des Bezirksbürgermeisters von Tiergarten, Jörn Jensen (Bündnis 90/Grüne): „Ich rufe deshalb alle demokratischen Menschen in Tiergarten und in Berlin auf, durch massenhafte Anwesenheit Unter den Linden, auf dem Pariser Platz, auf der Ebertstraße und der Scheidemannstr. am Reichstag den Aufzug zu unterbinden und dem rechten Spuk ein Ende zu machen.“

(hgz)

### Schriftenreihe des Marxistischen Forums

Im Marxistischen Forum vereinigen sich Persönlichkeiten, die unter Nutzung des Marxistischen Erbes die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus intensivieren und einen Beitrag zur theoretischen Profilierung der Politik der PDS leisten wollen. In der Schriftenreihe erschienen bisher:

Heft 1: Harry Nick, Das Eigentum und der Sozialismus. 1995, 20 Seiten, 2,90 DM

Heft 2: Weltanschauung und Linke, Winfried Wolf: Die Notwendigkeit der Utopie, Uwe-Jens Heuer: Ende der Ideologie? 1995, 20 Seiten, 3,40 DM

Heft 3: Leben in der DDR - Chance oder Mangel? - Protokoll der Veranstaltung vom 6.11.95 mit Beiträgen von Gisela Steineckert, Armin Stolper, Eberhard Panitz, Siegfried

Prokop, Kurt Pätzold. 1995, 20 Seiten, 3,40 DM

Heft 4: Gerhard Branstner, Verbürgerlichung - das Verhängnis der sozialistischen Parteien. 1996, 3,40 DM

Heft 5: Quo vadis PDS? - Mit einem Brief an die 2. Tagung des Parteitag im Januar 1996 und Beiträgen von Erich Hahn, Joachim Bischoff, Ekkehard Lieberam und Gerhard Branstner. 1996, 20 Seiten, 3,40 DM

Heft 6: Michael Benjamin, Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen - Gedanken über linke Politik. 1996, 24 Seiten, 3,40 DM

Heft 7: Harry Nick, Über Sozialismus und Liberalismus. 1996, 16 Seiten, 3,40 DM

Zu beziehen über den gutsortierten Buchhandel oder: GNN-Buchvertrieb, Badeweg 1, 04135 Schkeuditz



# Der KHD-Konzern wird zerschlagen

Berichte von Auswirkungen und Protesten aus Köln und Mannheim

## MWM: Kein Aufatmen der Belegschaft

Die Stadtzeitung „Mannheim Konkret“ der DKP berichtete in zwei Artikeln über die Auswirkungen der Zerschlagung des KHD-Konzerns (s.a. vorige Ausgabe der Politischen Berichte) auf die MWM (Motorenwerke Mannheim).

Von „Aufatmen“ für die Belegschaft keine Spur. Selbst die neue Konzernführung der Deutz AG sagt, ob mit diesem Konzept die Arbeitsplätze erhalten werden kann, ist fraglich.

Das wichtigste: 1. Der KHD-Konzern wird zerschlagen. Der Humboldt Wedag AG Teil und andere besonders hoch verschuldete Konzernteile, werden „abgewickelt“. Wenn sich Käufer finden, dann sollen sie für den Erhalt von über 3500 Arbeitsplätzen sorgen. Deutsche Bank und der ehemalige KHD-Konzern, haben sich damit aus der Affäre gezogen. Außer der Deutschen Bank sind die Gläubiger den Großteil ihres Geldes los. Ebenso die Beschäftigtenaktionäre der Wedag AG. Der Kölner Konzernteil bildet zusammen mit den MWM den Kern des künftigen neuen Konzerns Deutz AG.

Schon diese Konstruktion muß stutzig machen. Sie hängt in erster Linie damit zusammen, daß die Deutsche Bank ihr Sanierungskonzept durchsetzen will. Und da steht ganz oben die Absicht, von den über 1 Milliarde Mark Verlusten für die Deutsche Bank zu retten, was zu retten ist – ohne Rücksicht auf bestehende Arbeitsplätze, versteht sich. Denn wer mit den 3500 Kolleginnen und Kollegen der Wedag AG so verfährt, von dem ist nicht zu erwarten, daß er die MWM anders behandelt, wenn es seinem Profit dient.

2. Es gibt ein neues Finanzierungskonzept, und so sieht es aus:

Die Deutsche Bank erbringt 450 Millionen aus vorläufigen Verzicht auf Tilgung und Zinsen für die Schulden des ehemaligen KHD-Konzerns, dazu etwa für 100 Millionen neue Kredite. Andere Banken verzichten im Rahmen eines Zinsmoratoriums vorübergehend auf Zinsen – macht rund 35 Millionen Mark.

Weiter: Die Stadt Köln schießt rund 210 Millionen Mark zum Erhalt der Motorenwerke Köln Deutz zu. Die Stadt Mannheim beteiligt sich über ein Konsortium, bestehend aus der MVV (Verkehrsbetriebe) und der Stadtparkasse, mit 120 bis 130 Millionen Mark. Das Mannheimer Konsortium erhält für die „Hilfe“ rund 50000 Quadratmeter Bodenfläche in der Neckarstadt und auf der Friesenheimer Insel und soll für das produktionstechnisch genutzte Gelände zukünftig Miete erhalten.

3. Die Belegschaft soll für Verzicht auf Lohn, durch freiwillige Mehrarbeit und einen Teilverzicht auf verdiente Alterspensionen ebenfalls rund 180 Millionen Mark zur „Erhaltung“ ihres Arbeitsplatzes beitragen, vor allem aber damit die Deutsche Bank zu „ihrem“ Geld kommt. Eine weitere Finanzspritze soll von saudiarabischen Ölscheichs kommen.

**Die Deutsche Bank hat auch das Strebelwerk kaputt gemacht**

Wir haben in der letzten Ausgabe unserer Zeitung für die MWM nicht von un-

gefähr auf die damaligen Vorgänge beim Strebelwerk hingewiesen. Auch da war die Deutsche Bank Hauptakteur. Nur sie hat aus dem Strebel-Konkurs noch ein großes Geschäft gemacht, hat heute ein ganzes Quadrat in Bahnhofsnähe und den Großteil des neuen Gewerbegebietes in der Mallau. Die Kolleginnen und Kollegen, die damals auch glaubten, durch Lohnverzicht u.ä. „ihr Werk“ zu retten, waren die Dummen.

Es ist beim Umgang mit den „Säulen“ unserer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, spricht den Topmanagern der großen Monopole Banken und Konzerne des Großkapitals und seiner Regierung in Bonn, immer gut, sich so zu verhalten, als ob man mit Mafiosi verhandelt. Und man muß wissen, daß die Lügen wie gedruckt, wenn es um ihren Profit geht. Dafür werden sie geschult und bezahlt, sehr gut bezahlt.

Das gilt nebenbei auch für das „Mannheimer Konsortium“. Wer Hartung von den MVV im Fernsehen gesehen und gehört hat, kann sich seinen Reim selbst machen. Eine Stadt mit 1,3 Milliarden Schulden, die MVV mit über 500 Millionen Mark Schulden als Sanierer, das kann nur ein Witz sein – oder die Erwartung eines großen Geschäftes. Letzteres scheint der Fall zu sein. Es geht darum, daß die Stadt, die Stadtparkasse und die MVV das jetzige Betriebsgelände, vor allem in der Neckarstadt, günstig in die Hände bekommen und vermarkten – wenn, so rechnen sie offenbar, die MWM samt dem neuen Deutz AG Konzern den Bach runtergeht.

Wenn heute Widder (Oberbürgermeister der Stadt Mannheim) und Hartung davon reden, daß man auf einem Teil des Geländes vielleicht einen dritten Gewerbepark errichten könne, neben MAFINEX und SEL, dann kann sich jede Kollegin und jeder Kollege ausrechnen, was von den heutigen 1300 Arbeitsplätzen der MWM noch übrig bleibt. Vor allem welchen Lohn sie dort erhalten würden, wenn sie gnädig als Arbeitskraft aufgenommen würden. Aber soweit darf es gar nicht kommen.

Und noch etwas sollte jeder Kollegin und jedem Kollegen eingehen: Das für die 120–130 Millionen erworbene Gelände der MWM hat für die Stadt, die Stadtparkasse und die MVV nur dann einen Wert, wenn die MWM kaputt sind und das Gelände – wir haben über die Pläne im letzten mk Extra berichtet – vermarktet werden kann.

Es geht wirklich nicht um „Schwarzmalen“. Es geht darum, Licht in das Werk der Dunkelmänner der Deutschen Bank, der Stadtverwaltung, der Mannheimer Sparkasse und der MVV zu bringen. Nur wenn die MWM Belegschaft die Absicht kennt, kann sie dagegen und um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Wir werden uns mit unseren bescheidenen Kräften voll in die notwendige Solidarität mit den Beschäftigten der MWM einbringen. Die Belegschaft der MWM braucht in diesem Kampf Verbündete und nochmals Verbündete. Nur durch gemeinsames Handeln kann sie das Schlimmste abwehren. Und diese Verbündeten sind da. Sie sind in den anderen Betrieben, denen vielleicht morgen eine ähnliche Situation ins Werk steht wie den MWMlern heute.

Dabei ist Vertrauen in die Worte irgend welcher Figuren bei der Deutschen Bank fehl am Platze.

(aus Platzgründen leicht gekürzt)



1995 wurde Deutz-Fahr aus dem KHD-Konzern abgetrennt, jetzt soll die Traktorenfabrik in Köln nach Lauingen (Bayern) verlagert werden. Antwort der Belegschaft: Streik Foto: Sven Krüger

## Streik bei Deutz-Fahr

Sieben Tage Arbeitskampf gegen Schließung

Von Montag, dem 3.6., bis zum 12.6. haben ca. 300 Beschäftigte des Kölner Traktorenherstellers Deutz-Fahr gegen die Schließung ihres Werkes gestreikt. Der Streik ist jetzt ausgesetzt, weil die Geschäftsleitung sich wieder zu Verhandlungen über einen Sozialplan bereit erklärt hat. Um keinen Lohnverlust hinzunehmen, können die Kolleginnen und Kollegen die Streiktage mit ihren Überstunden verrechnen. Doch das ist noch nicht das Ende des Arbeitskampfes. Bisher hat die Geschäftsleitung immer wieder Absprachen gebrochen und gelogen. Die Kollegen werden ihren Streik wieder aufnehmen, wenn die Geschäftsleitung versucht, sie zu hintergehen. Die IG Metall bezahlt kein Streikgeld, da der Streik inoffiziell ist. Die Kolleginnen und Kollegen sind daher auf Spenden angewiesen. Auch sonstige Unterstützung, z. B. Solidaritätsschreiben, sind noch immer wichtig.

Der Hintergrund: Deutz-Fahr wurde Anfang 1995 aus dem KHD-Konzern herausgetrennt und an den italienischen Traktorenhersteller Same verkauft. Same „garantierte“ den Erhalt des Werkes im Kölner Stadtteil Kalk. Doch im April 1996 verkündete Same, das Werk solle „wegen der hohen Kosten in Köln“ ins bayerische Lauingen umziehen. Daraufhin kam es zu Protesten der Kollegen. Die Stadt Köln und die IG Metall boten Preissenkungen für städtische Dienstleistungen und Lohnverzicht der Beschäftigten. Doch auch Lauingen ließ sich nicht lumpen und bot „Exportförderung“, d.h. versteckte Subventionen. Doch die Entscheidung war ohnehin schon gefallen: Same hatte von Anfang an vor, daß Kölner Werk zu schließen und ein Werk in Lauingen hochzuziehen, in dem jedoch nur 250 Kollegen beschäftigt werden sollen. Zynischerweise hatte Geschäftsführer Tom Graf allen(!) Kölner Beschäftigten einen Umzug nach Lauingen angeboten, wohl wissend, daß nur die wenigsten dorthin ziehen können. So will der Same-Konzern Abfindungen sparen und nur „Härtetfälle“ mit Almosen abspelsen.

Als dies klar wurde, platzte den Beschäftigten der Kragen. Eigentlich hatten die Medien und die Politiker Deutz-

Fahr schon abgeschrieben, doch am 3.6. begann der spontane Streik, dem sich nahezu alle gewerblichen Beschäftigten angeschlossen haben. Die Angestellten streikten nicht, doch waren viele von ihnen krankgeschrieben.

Die Kolleginnen und Kollegen haben während ihrer Arbeitszeit das Tor besetzt gehalten und verhindert, daß Traktoren abtransportiert werden. Die Geschäftsleitung versuchte, die Kollegen einzuschüchtern. Sie hat drei Abmahnungen verschickt und mit Anzeigen wegen Sachbeschädigung und Nötigung gedroht, weil einige Traktoren platte Reifen hatten und die Kollegen am Tor standen.

Für uns in Köln-Kalk ist der Kampf um Deutz-Fahr sehr wichtig. Die Arbeitslosenquote in diesem Stadtteil liegt bei über 15 Prozent, für die Jugendlichen sieht die Zukunft düster aus. Aber Deutz-Fahr ist inzwischen ein bundesweit wichtiger Kampf geworden. Während täglich 1000 Arbeitsplätze sang- und klanglos verlorengehen, während große Betriebe Massenentlassungen vornehmen oder schließen (AEG, Vulkan, KHD usw. usw.), wehrt sich diese kleine Belegschaft dagegen.

1993 ist das Kali-Werk im thüringischen Bischofferode zum Symbol für den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden, 1996 könnte es Deutz-Fahr werden. Dafür brauchen die Kolleginnen und Kollegen allerdings viel Unterstützung. Wir möchten Sie/Euch daher bitten, so schnell wie möglich Solidaritätsadressen und Spenden zu schicken. Auch muß der Kampf weiter bekanntgemacht werden. Bisher wurde nur in der Kölner Regionalpresse, bei WDR 3 Lokalzeit und in der „Junge Welt“ über den Kampf berichtet.

Wir möchten alle aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bitten, in den Betrieben, bei Betriebsräten und Vertrauensleuten sowie bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen den Kampf bekannt zu machen.

Spenden bitte an: Konto: „Belegschaft Deutz-Fahr“, Martin Braun, Kto-Nr. 162 679 1900, Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), BLZ 370 101 11

(aus Lokalberichte Köln)

**MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN****Die Kapitalisten wollen kassieren****Tarifrunde Einzelhandel NRW**

In der dritten Verhandlungsrunde über Löhne und Gehälter im Einzelhandel Nordrhein-Westfalen verweigerten die Kapitalisten noch immer jegliches Angebot. Stattdessen führen sie eine Reihe von Forderungen auf, die die Beschäftigten ärmer machen und deren Entrechtung vorantreiben sollen. Obwohl weder der Manteltarif noch der Tarif über Sonderzahlungen gekündigt sind, wollen die Unternehmer einschneidende Verschlechterungen von Zahlungen, die dort abgesichert sind. Das würde bedeuten: Weniger Urlaubsgeld, Kürzung oder Wegfall von Mehrarbeitszuschlägen, Möglichkeit der einseitigen Kürzung von Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Für ganze Gruppen von Personen ist Lohnraub geplant. Langzeitarbeitslose sollen bei Einstellung im Einzelhandel zwei Jahre lang weniger Geld als andere bekommen. Auszubildende sollen keine Tarifierhöhung und weniger Urlaubsgeld bekommen. Die große Tarifkommission der HBV hat festgestellt, daß die Beschäftigten im Einzelhandel ein mögliches Lohn- und Gehaltsangebot selber bezahlen sollen und sich zur

Wehr setzen müssen. Sie hat den Antrag auf Streik gestellt. Vorsorglich hat sie für den 27. Juni einen weiteren Verhandlungstermin vereinbart.

Die Lage der Beschäftigten ist nicht gerade einfach. In Baden-Württemberg ist schon ein neuer Tarif im Einzelhandel mit einer Erhöhung von 1,85% abgeschlossen worden. Das ist zu wenig für die Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel, denn sie stehen fast ganz am Ende der Lohnskala. In Bayern wurden die Verhandlungen in der vierten Runde ergebnislos auf den 2. Juli vertagt. Um Druck auf den Zusammenhalt der Beschäftigten auszuüben, zahlen in NRW etliche Kapitalisten bereits Abschläge auf die zu erwartende Tarifierhöhung, in der Bahnhofsbuchhandlung Ludwig z.B. 2%. Dagegen muß man festhalten, daß die gewerkschaftliche Forderung gerechtfertigt ist. 5% mindestens 160 DM, sind nicht sehr viel. Sie würden gerade mal zu einem Endgehalt von 3333 DM in der Gehaltsgruppe I führen, mit der 80% der Beschäftigten im Einzelhandel, überwiegend Verkäuferinnen, ihr Leben fristen müssen.

— (anl, Lokalberichte Köln)

**HBV-Tarifabschlüsse in Baden-Württemberg****Großhandel, Verlage, schwierige Lage im Einzelhandel**

Im baden-württembergischen Großhandel erzielte die HBV am 31. Mai einen Abschluß von 1,99 Prozent ab 1. April für 12 Monate für alle Beschäftigten. Außerdem traf sie Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung: Zur Abwendung von Entlassungen kann die Arbeitszeit auf 34 Stunden verkürzt werden. Dafür können keine betriebsbedingten Entlassungen ausgesprochen werden; Abgeltung von Überstunden in Freizeit. Der Kommentar der HBV zu diesem Abschluß: „Wir müssen stärker werden!“

Für die Verlage in Baden-Württemberg vereinbarte die HBV am 2. Juni eine Erhöhung von 1,95 Prozent für alle ab 1. Mai für 12 Monate. Die Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung entsprechen denen im Großhandel.

Im baden-württembergischen Einzelhandel hat die HBV für die 220 000 Beschäftigten 1,85 Prozent mehr rückwirkend ab 1. April

ausgehandelt. Für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen soll es eine soziale Komponente geben. Die Düsseldorfer HBV-Zentrale kritisiert diese Vereinbarung; es ist nicht sicher, ob die Große Tarifkommission ihn akzeptieren wird. Die DAG lehnt den Abschluß ab, weil er „keine beschäftigungssichernden Impulse“ beinhalte. In Hessen und Rheinland-Pfalz gehen derweil die Warnstreiks weiter. Hier fordert die HBV 185 DM für alle.

(Kommunale Berichte Stuttgart)



Protestkundgebung der HBV vor dem Klett-Verlag in Stuttgart

**Fichtel & Sachs: Gegen Sozialkahltschlag**

Nachdem ca. 250 Sachs-Beschäftigte an der Großkundgebung in Bonn teilgenommen hatten, stand auch die Betriebsversammlung am 17.6.96 im Zeichen des Protests gegen Kapital und Regierung. Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG Metall rief auf, sich an weiteren Aktionen zu beteiligen, und kündigte starke Aktionen vor allem für den Fall an, daß tarifliche Regelungen, z.B. die Lohnfortzahlung, verteidigt werden müssten.

Konrad Fischer, Betriebsseelsorger, zeigte sich als CSU-Mitglied und Teil-

nehmer der Bonner Demonstration stark betroffen von der Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Wolfgang Schäuble: „Die Regierung werde sich dem Druck der Straße nicht beugen“. „Druck der Straße“ sei gleichbedeutend mit Mob und Pöbel. In Bonn hätten aber kreuzbrave und gestandene Bürger demonstriert. Er prophezeite ein „Ende des sozialen Friedens“ für den Fall der kompromißlosen Durchsetzung des Regierungspakets.

Die Geschäftsleitung schwieg sich trotz der scharfen Angriffe auf Arbeitgeber und Management aus.

— (cls, nachrichten&standpunkte)

Der Bundesvorstand läßt die Aufgabe übrig, aus oft recht wahren Äußerungen des Unbehagens zu konkreter Kritik des politischen Geschehens in der BRD zu kommen. Z.B. sind Bemerkungen zur BRD Außenpolitik, die den Türkei-Kurdistan-Komplex nicht einmal bezeichnen, vor lauter Abstraktion fast daneben. (ma)

**Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99**

Beschluß des BuVo der PDS vom 10.6.96

Politische und gesellschaftliche Alternativen denkbar und gestaltbar machen! Mehr als 5 Prozent für einen wirklichen gesellschaftlichen Wandel!

Die PDS führt ihre Wahlkämpfe 1998/99 mit dem Ziel, in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag, gestärkt in die ostdeutschen Landtage und Kommunalvertretungen sowie 1999 in das Europäische Parlament einzuziehen.

1. In seinem Beschluß zur Wahlstrategie 1994 stellte der Bundesparteitag der PDS im Juni 1993 fest: „Das groß gewordene Deutschland wird schwer erträglich für Arbeitslose, Ausländerinnen und Ausländer, für Flüchtlinge, für Frauen, für Alleinerziehende, für sehr viele Ostdeutsche, für Kinder und Jugendliche, für viele Rentnerinnen und Rentner, für Kranke, für Menschen mit Behinderungen, für Europa, für die Dritte Welt und für die Umwelt. Statt der Hinwendung zu den drängenden globalen und innergesellschaftlichen sozialen, ökologischen und kulturellen Herausforderungen orientieren sich die etablierten Parteien auf die Fortsetzung einer parasitären, Natur und Kultur zerstörenden Produktions- und Lebensweise in den kapitalistischen Metropolenstaaten und deren Abschottung gegen das wachsende soziale, ökologische und militärische Konfliktpotential in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika.“

Die Einschätzung hat sich in bestürzender Weise als zutreffend erwiesen. Der Angriff der Bundesregierung und der Unternehmerverbände auf das Sozialstaats- und Gleichheitsgebot des Grundgesetzes, auf die Rolle der Gewerkschaften und die Tarifautonomie gefährdet inzwischen die sozialstaatliche und in der Konsequenz auch die demokratische Substanz der Bundesrepublik. Gesellschaftliche Zersplitterung und soziale Ausgrenzung haben ein auch für die Gesellschaft selbst bedrohliches Ausmaß angenommen. Die „Sparpolitik“ der Bundesregierung ist in Wirklichkeit eine Politik der Subventionierung der Reichen, der Mächtigen, der Großkonzerne und Großbanken durch die sozial Schwachen, durch die Lohnabhängigen, durch das Handwerk und den Mittelstand. Diese Politik, deren Urheber sich als „Reformer“ preisen, zerstört Zukunftschancen. Die Ostdeutschen haben jedoch ein besonderes Problembewußtsein für Politik, die Zukunftschancen zerstört - wie die Politik in der Spätphase der DDR. Diese „Reformen“ gehen zu Lasten der Kinder und Jugendlichen, zu Lasten ihrer Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen. Umfassende gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten der Frauen sind in der BRD kein politisches Thema mehr. Die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Reformmöglichkeiten wird zugunsten einer Politik zerstört, die einerseits auf den Status quo und andererseits auf die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten insbesondere der Banken und der Vermögenden fixiert ist. Wesentliche Teile des politischen Establishments der BRD verfolgen eine Konzeption, die die nationalistischen und großmachtpolitischen Züge der deutschen Politik ausprägt.

Die Bundesrepublik benötigt mehr denn je eine sozialistische Partei, die

fähig und bereit ist, ihre politische Kraft und ihre geistige Kultur in die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und sozialen Bewegungen zur Überwindung der konservativen Hegemonie, für eine demokratische und sozial gerechte Republik einzubringen.

2. Die bundesrepublikanische Gesellschaft ist von einer tiefen, strukturellen Krise erfaßt. Der Wirtschaftswachstumstyp, der in den Industrieländern in diesem Jahrhundert vorherrscht, ist erschöpft. Der Übergang zur Produktionsweise der hochtechnologischen Produktivkräfte ist gesamtgesellschaftlich, volks- und wirtschaftlich und insbesondere sozialökologisch und kulturell bisher nicht gelungen. Das hat zur Krise des sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus geführt. Sie ist in gegensätzlicher Richtung offen: Zum einen sind die Bundesregierung und die Unternehmerverbände in der Lage, eine gesellschaftliche Anpassung an wesentlich veränderte wirtschaftliche und globale Bedingungen zu realisieren. Die Zukunftsprobleme der Gesellschaft werden dabei jedoch mißachtet und krisenhaft verschärft. Das Ende der realsozialistischen Herausforderung trägt zur Bereitschaft bei, die Zerstörung des Sozialstaates einzukalkulieren. Zum anderen kann der unausweichliche tiefgreifende soziale, ökonomische und ökologische Umbau mit dem Kampf um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Chancengleichheit, weltwirtschaftliche Solidarität und ökologische Vernunft verbunden werden.

3. Die gesellschaftliche Krise in Deutschland bleibt zusätzlich mit den anhaltenden und von der Bonner Politik verstärkten politischen, ökonomischen und sozialen Spaltung des Landes verbunden. Die Ostdeutschen leben an der ökonomischen und sozialen Peripherie der Bundesrepublik Deutschland. Die wirkliche Integration Ostdeutschlands ist nicht vollzogen. Der Verzicht der etablierten Parteien auf eine gleichberechtigte und achtungsvolle Vereinigung Deutschlands hat ein enormes Konfliktpotential angehäuft. In Eigentumsfragen, bezüglich der Wirtschaftsstandorte und -strukturen, des Arbeitsmarktes, des sozial immer untragbarer Wohnens, der Renten und des Abbaus von ostdeutscher Wissenschafts-, Bildungs- und Kultursubstanz sind weitreichende Kurskorrekturen unabdingbar.

Ostdeutschland muß als Herausforderung für die Gesellschaft der Bundesrepublik begriffen werden: Eine selbstbewußte Vertretung ostdeutscher Interessen, die seit 1994 spürbar wächst, ist notwendig für den Bestand der Demokratie in der Bundesrepublik, für die geistige Erneuerung der BRD. Die Ostdeutschen müssen ihr Problembewußtsein aus den Erfahrungen mit zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen offensiv in die Veränderung der BRD einbringen. Ohne Aufbruch im Osten kein Aufbruch im Westen!

4. Obwohl die Regierungspolitik sozialpolitisch und moralisch in bedrohlichem Maß die Grundlagen der Gesellschaft gefährdet, hat sich in der Bundesrepublik noch kein ausreichender politischer Widerstand formiert. Politische Schwäche, Zersplitterung und Entsolidarisierung sowie fehlender gesellschaftspolitischer Reformwille kennzeichnen nicht alle, aber viele poli-



tische und soziale Kämpfe. Die den Konservativen gegenüberstehenden Kräfte laufen Gefahr, sich selbst durch politische Innovationslosigkeit zu blockieren. Neoliberal-konservative Wertemuster und Strategievorstellungen sind weit verbreitet. Problemverdrängung und Resignation sind ungebrochen. Dennoch gibt es - wie seit langem nicht mehr - bei einer großen Bevölkerungsmehrheit ein allgemeines, vages Bewußtsein dafür, daß gesellschaftliche Veränderungen erforderlich sind. Wahrgenommen werden vor allem soziale Konfliktlinien, soziale Ent-Sicherung und das Fehlen ernsthafter Konzepte zur Bewältigung der Zukunftsfragen. Dieses „Unzufriedenheitspotential“ ist jedoch bisher noch nicht konkret, nicht stark und vor allem nicht ausreichend genug mit politischen und sozialen Alternativvorstellungen verbunden, um größere gesellschaftliche Bewegungen hervorzubringen. Das ist um so mehr zu berücksichtigen, als die zunehmende soziale Polarisierung mit einer stärkeren Differenzierung und Segmentierung innerhalb der sozialen Gruppen der BRD einhergeht. Läßt sich an solchen Erscheinungen auch kurzfristig kaum etwas ändern, so will die PDS doch dazu beitragen, eine gesellschaftliche Opposition zu formieren und deren intellektuelle und kommunikative Schwäche zu überwinden.

5. Dieses Land braucht eine neue Politik. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Vollbeschäftigung ist kein Anachronismus. Wir wollen, daß der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit das Profil der PDS auch in den Wahlkämpfen bestimmt. Wir wollen dieses Ziel - mit neuen Inhalten und neuen ökonomischen, sozialen und ökologischen Grundlagen - für moderne linke Politik zurückgewinnen. Wir wollen eine soziale Grundsicherung für alle, die ihre Existenz nicht durch eigene Arbeit sichern können. Das ist die zeit- und zukunfts-gemäße Antwort auf die soziale Kahl-schlagpolitik, die verstärkte patriarchale Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen die Verbindung von Arbeit, sozialer Sicherheit und Umwelt.

Das Ringen um einen grundlegenden sozialen und ökologischen Wandel der Gesellschaft und Wirtschaft, darin eingeschlossen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, wird zum entscheidenden Feld der Auseinandersetzung zwischen profitorientierter sozialer und ökologischer Zerstörung auf der einen und zukunfts-bewahrender Gesellschaftlichkeit auf der anderen Seite. Die notwendigen Abwehrkämpfe, den Widerstand gegen die neoliberalen Angriffe auf das grundgesetzlich gebotene Sozialstaatsprinzip wollen wir mit der Veränderung der geistigen Hegemonie in Deutschland und dem Ringen darum verbinden, neue gesellschaftliche Grundlagen für soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltige, umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise und eine solidarische Weltentwicklung zu schaffen.

Wir werden unseren Widerstand gegen die Militarisierung deutscher Politik, gegen Bundeswehrein-sätze und Krieg nicht aufgeben. Wir wollen eine wesentliche Erweiterung der gesellschaftlichen Demokratie, insbesondere durch die Erweiterung plebiszitärer Partizipation auf kommunaler und Landesebene sowie ihre Einführung auf Bundesebene, damit die Institutionalisierung von Bewegungen und Kräften gegen Kapital, Parteienherrschaft, Umwelt- und Kulturzerstörung möglich wird. Der Linken wird - unabhängig von ihrer parteipolitischen Einbindung - für einen solchen Wandel eine entscheidende Rolle zukommen. Wir werden unseren möglichen Beitrag leisten, um die Macht- und Interessenstrukturen aufzudecken, die den erforderlichen gesellschaftli-

chen Brüchen entgegenstehen, gesellschaftliche Reformvorstellungen in die öffentliche Diskussion einzubringen, die beharrliche Arbeit an ihnen zu befördern, sie zum Gegenstand von realer Politik und reale Politik zum Gegenstand gesellschaftlicher Reformen zu machen. Das Ziel besteht darin, das Zusammenwirken verschiedener Kräfte zu ermöglichen, um politische und soziale Kämpfe, ohne die es keinen Wandel geben wird, zu organisieren, zu fördern und zusammenzuführen.

6. Die PDS ist in den vergangenen Jahren politisch stärker geworden, ihre Isolierung ist aufgebrochen, die gesellschaftspolitische Defensive der linken Kräfte ist jedoch nicht überwunden. Die konservative geistige und politische Hegemonie scheint noch stabiler geworden zu sein. Seit 1989 erleben wir einen Prozeß der radikalen Veränderung vieler Selbstverständlichkeiten der alten Bundesrepublik. Seit den Wahlen von 1994 ist dieser Prozeß scheinbar unaufhaltbar geworden und hat faktisch alle Parteien und Meinungsführer erfaßt. Der Streit geht scheinbar nicht mehr darum, ob die Außenpolitik militarisiert werden soll, sondern nur noch darum, wie schnell und in welchem Maße. Der Abbau des Sozialstaates ist schon weit vorangeschritten, auch wenn er noch als Modernisierung und Verschönerung ausgegeben wird. Was lange Zeit als Zivilisierung des Kapitalismus gefeiert wurde, wird inzwischen massiv als überzogenes Anspruchs- und Besitzstandsdenken zurückgewiesen. Die Verhöhnung der „Krisenopfer“ kennt keine Schamgrenzen mehr. Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Obdachlose und Kranke werden als Drückeberger denunziert. Neoliberale und neokonservative Einschätzungen und Wertorientierungen haben ihren Einfluß auch innerhalb der SPD und der Bündnisgrünen gewonnen. Die Akzeptanz sozialer Kürzungen, der internationalen Bundeswehrein-sätze, des frauenfeindlichen Abtreibungsrechts und nationalistischer Abschottung gegen Flüchtlinge charakterisiert das Ausmaß konservativen Einflusses in besonderem Maße. Wir spüren an uns selbst, in der PDS und unserer Wählerschaft, wie schwer es ist, sich der Wirkung des konservativen Zeitgeistes zu entziehen. Wir werden jedoch nicht populistisch zurückweichen, sondern durch das Aufzeigen von Alternativen den Kampf um den Zeitgeist führen. Wir werden die gewachsene Akzeptanz der PDS nutzen, um den Rückzug der demokratischen, linken, sozialistischen Kräfte zu stoppen.

7. Die PDS wird ihre selbstkritische Aufarbeitung eigener Geschichte und eigenen Versagens fortsetzen. Ihre Absage an Stalinismus, undemokratische und antienmanzipatorische Politik und Gesellschaftsvorstellungen ist unumkehrbar. Mit ihren Partnerinnen und Partnern auf den offenen Listen von 1994 zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen und zu zahlreichen kommunalen Vertretungen hat die PDS an Akzeptanz gewonnen. Auf kommunaler Ebene und in vielen parlamentarischen Auseinandersetzungen hat sich die PDS durch Kompetenz, Realismus und durch ihr Profil als sozialistische Partei zunehmend als wirkungsvolle Kraft erwiesen. Gesellschaftliche Reformprojekte und politische Alternativen zur Bonner Koalition sind ohne die PDS kaum realisierbar.

International hat die europäische Linke mit der gemeinsamen Kundgebung für Arbeit und sozialen Fortschritt in Paris am 11. Mai 1996 und dem Treffen der Parteivorsitzenden europäischer Linksparteien am 8. Juni 1996 in Madrid begonnen, gemeinsame Diskurs- und politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Die PDS wird als Mitgliedspartei des Forums der Neuen Europäischen

Linken aktiv zur internationalen Zusammenarbeit sozialistischer und anderer alternativer Kräfte beitragen. Sie ist sich bewußt, daß die sich vollziehenden Umbruchprozesse in Europa von ihr als linke internationalistische Partei verstärktes europapolitisches Agieren erfordert.

Die PDS hat ihre Wahlkämpfe 1994 unter dem Motto geführt: „Veränderung beginnt mit Opposition“. Sie wirkt auf der Grundlage ihrer Wahlprogramme in den Parlamenten und außerparlamentarisch. Der Widerstand gegen die Politik der CDU/CSU und der FDP steht im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Die PDS setzt sich kritisch mit dem Zurückweichen der SPD und der Bündnisgrünen vor dem bundesrepublikanischen Konservatismus auseinander. Wir haben zugleich auch mit der weiteren selbstkritischen Erneuerung der PDS und der Entwicklung konkreter politischer Alternativen versucht, unsererseits die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zur Überwindung konservativer Hegemonie zu verbessern. Obwohl die antisoziale Politik der CDU/CSU und FDP in der Gesellschaft unverändert dominiert, sind auch die Möglichkeiten, diese Dominanz zu beenden, näher gerückt. Sie müssen genutzt, verwirklicht werden. Wir sagen unseren Wählerinnen und Wählern: Es bleibt politisches Ziel der PDS, die konservative Hegemonie in der Bundesrepublik zu überwinden. Dazu gehört die Ablösung bzw. Verhinderung der Regierungsmacht von CDU und CSU und auf Bundesebene und in den Ländern. Eine gestärkte PDS könnte dazu unmittelbar ihren Beitrag auf Bundesebene, in den neuen Bundesländern und Berlin leisten.

Wir sind weiterhin bereit, die politische Konkurrenz zur SPD und zu Bündnis 90/Die Grünen durch politischen Dialog zu ergänzen. Das setzt voraus, daß diese den gesellschaftlichen Oppositionscharakter, das sozialistische, antikapitalistische Profil der PDS akzeptieren.

Die PDS bleibt zugleich außerparlamentarische Kraft. Sie ist offen für Ideen, Mitwirkung und Einflußnahme gesellschaftlicher Bewegungen und Einzeller, die den außerparlamentarischen Kampf mit uns gemeinsam führen wollen. Ohne gesellschaftliche Bewegung, ohne Bewegung von unten wird es keine dauerhaften und keine radikalen Wandlungen geben.

Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation des Tolerierens einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, wird von der PDS - soweit es von ihr abhängt - je nach Zeit und Situation danach entschieden, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der politischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann. Die Frage einer Regierungsbeteiligung stellt sich für die PDS deshalb unter gesamtpolitischen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen, dann, wenn diese die Schaffung oder Bewahrung von Voraussetzungen für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel der Bundesrepublik ermöglichen.

8. Die PDS wird ihre Wahlkämpfe 1998/99 mit dem Ziel führen, mit Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag, gestärkt in die ostdeutschen Landtage und Kommunalvertretungen sowie 1999 in das Europäische Parlament einzuziehen. Die Versuche der CDU/CSU, die Grundmandatsregel zu beseltigen, sind gescheitert. Der Kampf um Direktmandate bleibt für die PDS realistisch und wird mit Nachdruck vorbereitet und geführt werden. Die demokratische Institution der/des direkt gewählten Abgeordneten ist für uns wegen der beson-

deren Verbindung zu den Wählerinnen und Wählern bedeutungsvoll.

Die PDS will auch 1998 ohne Parteigoismus und ohne sektiererische Einnengung mit offenen Listen zu den Wahlen antreten. Die PDS wird zur Wahrung ihres Profils keine direkten oder indirekten Parteienbündnisse eingehen. Für die offenen Listen will die PDS in erster Linie qualifizierte eigene Mitglieder und darüber hinaus parteilose Persönlichkeiten aus sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen des linken demokratischen Spektrums gewinnen, um die gesellschaftliche Basis und öffentliche Wirksamkeit sozialistischer Politik zu stärken.

Von Abgeordneten, die auf den offenen Listen gewählt werden, erwarten wir unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zur PDS, daß sie regelmäßig einen Teil ihrer Diäten für die politische Arbeit und die sozialen und kulturellen Projekte der PDS spenden. Gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern auf offenen Listen wiederholen wir unsere Position von 1993: „Wir wollen eine Zusammenarbeit miteinander, die die weltanschauliche, politische oder religiöse Unterschiedlichkeit achtet und als gemeinsame Bereicherung versteht. Wir wollen zugleich eine Zusammenarbeit, die in zu vereinbarenden Grundfragen verläßlich ist und geprägt von gegenseitiger Solidarität und Verpflichtung für einander.“

Die PDS will ein anderes Deutschland: Wir finden uns nicht mit der Zwei-Drittel-Gesellschaft und der sich verstärkenden sozialen Ausgrenzung von Millionen Menschen ab.

Die PDS kommt aus dem Osten Deutschlands, und sie bleibt die Partei, die sich in besonderem Maße den Interessen der Ostdeutschen zuwendet. Wir wollen die Einheit Deutschlands nicht durch die Verwestlichung des Ostens, sondern dadurch, daß endlich eine Modernisierung der Bundesrepublik eingeleitet wird. Wir wirken deshalb bundespolitisch, d.h. zugleich im Interesse einer Vielzahl von Menschen in den alten Bundesländern.

Die PDS ist eine Partei, die sich für eine demokratische, soziale und ökologische Entwicklung der Europäischen Union einsetzt.

Die PDS wendet sich an alle Menschen, die sich mit gesellschaftlichem Egoismus und sozialer Kälte, mit Ausgrenzung, Nationalismus und Großmachtpolitik, mit der Militarisierung von Politik und Gesellschaft nicht abfinden wollen. Wir wenden uns an alle, die die Solidarität mit den sozial Schwächeren herstellen und sich der allgemeinen Entsolidarisierung widersetzen wollen. Wir wenden uns an alle, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die ohnehin unzureichenden gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen weiter verringert werden. Wir wenden uns an jene, die gemeinsam mit uns dafür wirken wollen, daß junge Menschen Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen erhalten, daß die Würde älterer Menschen nicht verletzt und die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung ausgeglichen wird. Wir wenden uns an alle Menschen, die eine solidarische, demokratische, ökologische, antipatriarchale, gleichberechtigt vereinigte, d.h. insgesamt kulturvolle Republik wollen.

Der Bundesvorstand erörterte die „Grundsätze und Ziele...“ auf einer Sondersitzung am 10. Juni 1996. Grundlage der Debatte war ein von Lothar Bisky gemeinsam mit anderen - u.a. mit André Brie - eingebrachter Entwurf. Der Beschluß wurde ohne Gegenstimmen gefaßt. Halina Wawzyniak enthielt sich der Stimme. Mit den „Grundsätzen und Zielen...“ soll ein Auftakt gegeben werden für die Diskussion in der Partei um eine Wahlstrategie und eine Wahlprogrammatische für 1998/99.

**W**ir veröffentlichen das Interview mit Helmut Pohl, das Oliver Tolmein führte und das in der Konkret vom Juni nicht ganz vollständig abgedruckt war.

*Zwischen RAF und etlichen Gefangenen hat es eine Spaltung gegeben, die Gefangenen treten nach außen hin nicht mehr als einheitliche Gruppe auf. Als wer oder für wen sprechen Sie in diesem Interview?*

Zuerst spreche ich für mich. Aber es fließt auch ein, was ich von anderen Gefangenen weiß. Wir sind seit dem Hungerstreik 1989 allerdings fast alle vereinzelt gewesen. Es gab keine Möglichkeit zum Austausch über die neue Situation. Und die Post ist dafür auch kein geeignetes Medium.

*Warum nicht?*

Unsere Post wird seit über zehn Jahren ausgewertet. Vom BKA werden damit Projekte zur Stilerkennung gefüttert, jede Zeile von uns wird benutzt – das macht eine Diskussion unmöglich. Es geht aber auch praktisch nicht, ausschließlich über so ein schwerfälliges Medium wie Briefe zu kommunizieren. Es ist einfach ein Unding, nach jahrelanger Isolation und anschließender Abschottung von Außenkontakten. Trotzdem besteht das Kollektiv aber noch weiter: Wir kämpfen zusammen um unsere Freiheit.

*Wie erklären Sie, daß sich in Folge der Zäsur von 1992, als die RAF angekündigt hat, die bewaffneten Aktionen gegen Menschen einzustellen, die Gefangenengruppe aufgelöst hat und die RAF von der politischen Bildfläche verschwunden ist?*

Eine Zäsur, wie wir sie gewollt haben, ist überhaupt nicht gemacht worden. In unserer Vorstellung war Zäsur das Stichwort für eine Transformierung von dem, was die RAF bisher war, zu einer politischen Kraft, die auf die neue politische Situation einwirken kann. Und das ist nicht gelungen. '92 sind nur endlich diese Aktionen eingestellt worden, und der Rest hat sich in Luft aufgelöst. Die Ursache liegt darin, daß eine politische Auseinandersetzung darüber, wie es künftig weitergehen kann, überhaupt nicht in Gang gekommen ist.

*Aber es gibt mittlerweile ein ganzes Buch voller Papiere, voller Kritik und Selbstkritik von RAF und Gefangenen ...*

Aber diese Papiere der RAF und was als „Selbstkritik“ lief, das war doch keine wirkliche Kritik. Das war die 80er Jahre umbiegen oder einmal durch die Waschanlage und die Kiste umspritzen. Die sogenannte „neue Politik“ der RAF hatte nur versucht, eine Variante „revolutionärer Politik“ im alten Grundschema zu machen, eine Reproduktion desselben, aber sozusagen diesmal ganz richtig. Und so eine Abwandlung des alten Grundkonzepts reicht nicht hin. In diesem Zusammenhang, ich finde es auch nötig, daß die Illegalen ihre Auflösung als RAF erklären. Das wollen auch andere Gefangene ausdrücklich, daß es hier gesagt wird. Und dann muß man sehen, was sich entwickelt.

*Wie hätte Ihrer Meinung nach die Diskussion verlaufen müssen?*

Um das zu erklären, ist es nötig, sich die Geschichte des Zäsur-Gedankens anzuschauen. Das erste Mal ist von Seiten der Gefangenen 1987 von Zäsur die Rede gewesen ...

*Also auch den Anschlägen auf den MTU-Manager Ernst Zimmermann, den Siemens-Manager Kurt Beckurts und den Diplomaten Gerold von Braunmühl. Bestand ein Zusammenhang zwischen Ihrer Zäsur-Diskussion und den Anschlägen?*

Der Zäsur-Gedanke hat vor allem was mit den internationalen Entwicklungen zu tun. Und war 1987 klar geworden, daß

die Verhältnisse dabei waren zu kippen. Und deswegen mußte nach unserer Meinung das gesamte Konzept, das RAF bis dahin ausgemacht hatte, in Frage gestellt werden. Aus dieser Analyse ist aber keine Diskussion entstanden, sie ist steckengeblieben. Das ist auch eine Kritik an uns Gefangenen: Wir hätten damals, als deutlich wurde, daß wir nicht weiterkommen, von uns aus erklären müssen, daß es so nicht weitergehen kann. Aber wir haben damals gedacht, das geht nicht, damit dringen wir nicht durch. Die Grundgedanken waren uns auch einfach zu wenig, wir konnten, weit weg im Gefängnis und einzeln isoliert, auch nicht sagen, was das alles letztlich bedeutet und wie es weitergehen wird. Trotzdem hätten wir damit herauskommen müssen. Wenigstens hätten wir den Finger draufgelegt, als einige der wenigen damals.

Und wir haben im Hungerstreik '89 noch einmal versucht, diese grundsätzliche Neuorientierung einzuleiten. Danach über unser Drängen darauf, daß die RAF die Einstellung der Aktionen erklärt und dann politische Diskussion, Freiheit der Gefangenen.

*Das war eine intern geäußerte Forderung?*

Ja, das waren unsere internen Diskussionen, was die bewaffneten Aktionen betrifft.

## Interview mit Helmut Pohl über die Politik der RAF

# „Wir müssen jetzt Wege zur Entlassung finden“

*Wieso haben Ihrer Meinung nach die neuen internationalen Entwicklungen dazu geführt, daß der bewaffnete Kampf keinen Sinn mehr macht?*

Immer wieder wird die Politik der RAF mit dem bewaffneten Kampf gleichgesetzt. Das war aber nie so gedacht, das sollte nie so sein, und wo es so war, war es ein Fehler. Der Zäsur-Gedanke hat deswegen auch mit dem bewaffneten Kampf erstmal gar nichts zu tun. Mitte der achtziger Jahre war weltweit eine Tendenz zur Entgrenzung festzustellen. Ein Beispiel aus unserer Diskussion damals. In Mittelamerika wurde ein Vernichtungskrieg geführt, und er ist hier überhaupt nicht mehr wahrgenommen worden, im Gegenteil, es wurde das entgegengesetzte Bild verbreitet, und das hat gegriffen. Es ging hier immer darum, daß dort angeblich demokratische Fortschritte zu verzeichnen wären, während tatsächlich ganze Landstriche zerstört worden sind. Gleichzeitig ist hier in Zentraleuropa in allen wesentlichen Bereichen die Macht mit ihren Projekten durchgekommen. Ob es jetzt um Gentechnik geht, um Atomtechnologie, um Festung Europa oder um militärische Strukturen. Es war ein Qualitätsumschlag. Ich will dazu sagen: der für uns zu dieser Zeit sichtbar wurde. Nicht-Europäer haben uns dazu gesagt, sie hätten das 1980 herum diskutiert, das zeigt auch etwas.

Und deswegen war es für uns von enormer Bedeutung, daß aus einem weiten linken Spektrum Leute zusammenkommen und diskutieren, um zu begreifen, in welche katastrophale Richtung sich die Verhältnisse entwickeln. Denn es war ja nicht nur unser Ansatz, Politik zu machen, überholt worden, auch die anderen linken Gruppen, ja sogar das linke bürgerliche Lager waren gescheitert und standen mit einem Mal ohne angemessene Instrumentarien und Methoden da, die geholfen hätten, mit der neuen Lage umzugehen.

*Das heißt, die Entscheidung gegen Anschläge, wie sie früher Kennzeichen der RAF waren, hat grundsätzlichen Charakter. Wie paßt das aber zu Ihrer Erklärung von 1993, in der Sie geschrieben haben: „Ich mache diese Aussagen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, heute nicht mehr. Und die Möglichkeiten, die in der Zäsur gesteckt haben, dürften vorbei sein. Und deswegen werde ich einen Teufel tun und den bewaffneten Kampf absagen.“ Das paßt besser zu dem Hardliner-Image, das Ihnen die Bundesanwaltschaft verpaßt hat.*

Es war sicher ein Fehler, daß ich diesen Schlußpassus der Erklärung im Zorn so formuliert habe. Aber wer den ganzen damals in der TAZ abgedruckten Text liest, kann leicht feststellen, daß der Sinn im Zusammenhang ist: Ich lasse mich nicht zur Staatspropaganda erpressen. Von uns ist damals eine deklaratorische Absage an Gewalt und die RAF-Politik von Anfang an verlangt worden – und dazu bin ich nicht bereit. Die Zäsur war nicht als diese Art Zugeständnis gedacht, sie wäre notwendig gewesen, um weiter Politik zu machen. In der Anfangszeit unserer Zäsur-Diskussion haben Besucher von uns und die RAF gar nicht verstanden, worum es uns ging. Beispielsweise wurde uns immer wieder entgegengehalten, daß der Angriff aufrechterhalten werden müßte. Ich persönlich finde das überhaupt keinen überzeugenden Gedanken: Wenn zwischendurch was Richtiges gemacht

hat, an uns übrigbleibenden Gefangenen doch noch zu versuchen, was sie 20 Jahre lang mit allen Gefangenen vorhaben, zu Ende zu bringen.

*Was könnte das Interesse der Bundesanwaltschaft daran sein?*

Ihr ist vor allem wichtig, die politische Feinderklärung fortwirken zu lassen, und sie will offensichtlich auf keinen Fall den politischen Prozeß zulassen, den wir anstreben. Die RAF-Geschichte soll mit einer Abrechnung beendet werden, die sich natürlich auch an Personen festmacht, und soll eben nicht in einen politischen Prozeß münden. Und das hat nicht nur was mit der RAF zu tun, sondern zeigt insgesamt, wie Gesellschaft nach Vorstellung von BKA und Bundesanwaltschaft funktionieren soll.

*Aber daß das funktionieren kann, hat doch auch was mit der RAF selber zu tun, die nie sehr offen für kontroverse Diskussionen war und die sich niemand vorstellen konnte als eine Gruppe, die zu einem anderen Mittel greift als zu dem, Menschen zu töten.*

Sicher hat das auch mit der RAF zu tun. In den 80er Jahren war es keine Spezialität der RAF, nicht offen für kontroverse Diskussionen zu sein. In anderen linken Gruppen war es genauso. Die Ursache dafür liegt meiner Meinung nach ziemlich weit zurück, der Grundfehler bei uns, aber eben auch in vielen anderen linken Gruppen, war, daß politische Strukturen immer wenig oder gar nicht entwickelt wurden. Statt dessen hat sich Ideologie und Aktionismus durchgesetzt. Dabei hatte das RAF-Konzept immer schon beinhaltet, daß es ein Primat der Politik geben muß, die bewaffnete Aktion sollte die Politik befördern, aber nicht ersetzen.

*Daß die RAF gerade nicht in erster Linie politisch, sondern militärisch handelt, haben auch linke Gruppen immer wieder kritisiert.*

Ja, aber immer nur so, wie es ihnen gerade in ihr politisches Konzept gepaßt hat. Deswegen sind diese Auseinandersetzungen immer wieder gescheitert. Ich denke, daß der Grundfehler von allen, den Gruppen der radikalen Linken allgemein und der RAF, war, daß wir uns viel zu wenig in der Realität bewegt haben und viel zu sehr in der Ideologie. Es gab Treffen, Papers, Konzeptdiskussionen, Veranstaltungen, Kampagnen – aber das war nichts Reales. Und der Zusammenbruch der radikalen Linken Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre war die Stunde der Wahrheit für diese Struktur von Politik, wie sie aus den sechziger Jahren gekommen ist – wenn etwas erkämpft worden wäre, aus allem, worum es die ganze Zeit ging, dann hätte da etwas von hinübergenommen werden müssen. Aber das ist nicht geschehen. Statt dessen Selbstauflösung und Run auf die Plätze. Und letztlich bringt das darauf, bei der RAF war es ja nur auch nicht anders als sonst, daß die deutsche radikale Linke oder Linke überhaupt nie aus dem Widerspruch rausgekommen ist, im weitestentwickelten System zu leben und die sich daraus ergebenden Widersprüche gleichzeitig nicht auszuhalten. Einerseits möchte man raus, zu etwas anderem, andererseits ist es der beste von allen Plätzen, die sichtbar sind. Dieser Widerspruch hat in unserem Spektrum eine Theorie und Praxis hervorgebracht, die von ideologischem Denken, in sich kreisender Betriebsamkeit und Aktionismus geprägt war. Ich nenne das „Politik-Ersatz“. Und Politik heißt hier: reale Prozesse. Nicht Ideologie. So schlau wie die weiße europäische Linke und noch mal ganz besonders die BRD-Linke war auf der ganzen Welt kaum jemand. Niemand hat mehr gelesen, so viel geredet wie die Linke hier. Das ist aber nicht Politik. Sie zeigt sich als statischer Prozeß, der in diesen gesell-

wird, dann schadet es nicht, „wenn der Angriff nicht aufrechterhalten wird“. Aber selbst wenn man das anders sieht, hätte man eine andere Angriffsform finden müssen. Und da hat es in dieser Zeit Überlegungen gegeben – z.B. daß anstelle der Erschießungen Sabotageaktionen auf hohem Niveau gemacht werden könnten. Aber umgesetzt worden ist auch das nicht. Und dieser Hardliner-Vorwurf: der hat mit dem, was wir Gefangenen tatsächlich machen oder sagen, nichts zu tun. Bis 1992/92 galten wir Gefangenen grundsätzlich alle als „hardliner“ – und zwar trotz unserer Anstrengungen, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen. Ich erinnere hier nur mal an diese Vollmer/Käsemann/Walser-Initiative 1988: darauf sind wir eingegangen, und zwar nicht als taktisches Manöver, sondern weil es uns in um diesen Zäsur-Gedanken ging. Aber der Apparat hat das verhindert. Als „hardliner“ galten wir trotz unserer Bemühungen im Hungerstreik 1989, obwohl wir da mit Leuten aus dem Apparat und vielen anderen gesprochen und geredet haben – und alle wußten, daß wir was Neues wollen. Damals sind angebliche Angriffspläne von uns erfunden und durch die Medien lanciert worden. Und es ging dann gegen die übrigbleibenden Gefangenen weiter, trotzdem wir durch Irmgard Möller auch öffentlich erklärt hatten, daß wir die Einstellung der Aktionen begrüßen. Tatsachen haben in dem Propaganda-Rollback überhaupt keine Rolle gespielt.

Wenn man es sich heute anschaut, dann muß man sagen: Statt einer Transformierung der RAF und der notwendigen politischen Entscheidung in der Gefangenengruppe für alle Gefangenen ist eine Spaltung gekommen, die über die Reduzierung auf einige wenige Gefangene und die entsprechende „Hardliner“-Propaganda das zu dieser Zeit aktuelle Gefangenengruppe „erledigt“ und es den Staatsapparaten ermöglicht



schaftlichen Rahmen eingepaßt bleibt. Ein Beispiel dafür, was ich mit „stationär“ meine – Frauen kommen doch seit langem massiv damit, daß diese sogenannte Sexismus-Debatte, die Männer-Diskussion, immer nur das Ergebnis hat, daß das Problem debattenmäßig bewältigt wird, damit politisch erledigt ist und alles so bleiben kann, wie es vorher war. Und da haben sie recht. Es ist eine Art Problembeseitigungsmechanismus. In dem Beispiel ist das nur besonders dicht. Es ist auch im Anti-Rassismus da. Es war beim WWG '92 da, die guten Veranstaltungen als Ersatz.

*Und die RAF ist Ihrer Meinung nach Teil dieses stationären Prozesses?*

Sie war Teil davon geworden. Die Aktionen, die dann in der 2. Hälfte der achtziger Jahre gemacht wurden, waren für die meisten der heutigen Gefangenen grundsätzlich falsch. Die bewaffnete Aktion hatte für uns ja immer eine strategische Funktion. Sie sollte was klarmachen und weiterbringen. Die Aktionen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren aber nur noch eine Aneinanderreihung von Erschießungen. Und letzten Endes, wenn man sie auf einen politischen Kern reduziert, bleibt nichts übrig als Bestrafungsaktionen. Und die RAF wußte auch, daß wir diese Aktionen kritisieren. Sie wußten z.B. von mir auch ausdrücklich, daß ich dagegen bin, daß die Entwicklung so weitergeht, daß Leute abtauchen. Wenn ein Konzept keine Perspektive mehr hat, kann man, selbst wenn man sagt, der Angriff muß aufrechterhalten werden, nicht neue Leute holen. Die stellen sich vor, sie setzen dort den Kampf, den sie in konkreten Basisprojekten gemacht haben, an anderer Stelle fort, gehen aber tatsächlich ins Leere. Ich will hier kein falsches Bild aufkommen lassen, ich will uns nicht davon abtrennen. Wir waren alle Teil davon und haben es getragen. Ich spreche hier zur Verkehrung der Verhältnisse in der Abwicklung des Gefangenenspektrums während der letzten Jahre. Wir haben es weitergetragen, vom Aufschrei bis zum Verstummen, weil wir eine Kontinuität wollten. Wir wären vollständig überstimmt von den absehbaren Auswirkungen des gesamten Umbruchs und haben gedacht, es muß doch eine Kraft her. Das hat uns die entscheidende Konsequenz versperrt.

*Aber widerspricht sich das nicht: einerseits eine Kontinuität zu wollen, andererseits dagegen zu sein, daß neue Leute in die Illegalität gehen?*

Es ging nicht um eine Kontinuität der RAF, wie sie bestanden hat, sondern um eine Kontinuität von Inhalten. Der bewaffnete Kampf war doch nicht der Inhalt der RAF. Der Inhalt der RAF war, wenn man es mal auf den Punkt bringt, Befreiung.

*Sie kritisieren die Anschläge und Attentate der RAF in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Was war denn vorher besser? Wo sehen Sie z.B. den Unterschied zwischen dem fehlgeschlagenen Versuch, General Kroesen zu töten, und dem Genickschuß auf den Diplomaten von Braunnühl?*

Sie sprechen da eine Aktion an, wo das unterschiedliche Verständnis aufeinandertrifft. Wir haben Aktionen wie die gegen Braunnühl Anfang der Achtziger verworfen, wir waren durch die Funktion dieses Amtes auf einen seiner Vorgänger gestoßen, weil für uns dabei das Mittel und der politische Zweck kraß auseinandergefallen wäre. Übrigens eben

auch aus der Erfahrung von denen von uns aus der 77er Zeit, die als fiktive „hardliner“ besonders beliebt sind. Die Aktion gegen Kroesen oder gegen den Stützpunkt Ramstein erfolgte dagegen im Rahmen der Auseinandersetzung um die NATO-Nachrüstung. Beide waren bestimmt als strategische Aktionen, die angreifen sollten, was unserer Meinung nach den weltweiten Umbruch forcierte: die militärische Aufrüstung in den Zentren.

*Die Nachrüstung zu verhindern war auch ein Ziel der Friedensbewegung, die im großen und ganzen die RAF-Anschläge strikt abgelehnt hat. Hat Sie das nicht stutzig gemacht?*

Na ja. Es gab ja auch viele, die die Friedensbewegung stutzig gemacht hat. Die Friedensbewegung hat zum Beispiel eine starke nationale Schlagseite gehabt. Sie hat sich vor allem dagegen gewandt, daß der Krieg hier geführt werden soll, und dieser Teil der Friedensbewegung hat sich auch nicht um imperialistische Interessen und Kriegsziele geschert.

*Wenn Sie an der Friedensbewegung zu Recht eine nationale Schlagseite kritisieren, dann muß es Ihnen doch beim Leser mancher alter RAF-Texte auch unbehaglich werden. Dort wird Deutschland auch als US-Kernstaat bezeichnet und als besetztes Land charakterisiert.*



Das sind Töne, die aus den 70er Jahren kommen und die ihren Grund in einer fatal verkürzten Analyse hatten: Aus der Tatsache, daß das US-Kapital weltweit führend war und daß die US-Konzerne die deutschen Konzerne dominiert haben, ist geschlossen worden, daß die BRD eine Art US-Kolonie sei. Das war falsch. Aber in unserer Politik hat diese Überlegung nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

*Aber die Anschläge richteten sich meistens gegen US-Militäreinrichtungen oder US-Militärs.*

Ja. Aber immer im Zusammenhang mit der NATO und der Nachrüstung. Das waren keine Aktionen gegen die USA als Besatzer. Aber ich gebe zu, daß es da in der Linken insgesamt und damit auch in unserem Spektrum offene Flanken gab. Es gab antiamerikanische Blüten, die gingen so weit, daß US-Kultur abgelehnt wurde. Aber wir, ich war damals illegal, haben diesen als Antiamerikanismus verkleideten Antiamerikanismus in Gesprächen und bei unseren Kontakten kritisiert. Das hat allerdings manchmal nichts geholfen. Es gibt da sowieso ein falsches Bild davon, wie die Situation von uns und von unserem Umfeld damals war. Wir haben Anfang der Achtziger auch die RAF nicht verstärken wollen, wir haben Leute, die zu uns stoßen wollten, in die Kämpfe vor Ort zurückgeschickt. Wir wollten Strukturen und politische Prozesse, und zurück kam die Aufforderung, wir sollten Aktionen machen. Den Druck konnten wir damals auch nicht ändern. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß alles so läuft, wie man sich das in einem Konzept ausdenkt und vorstellt. Das hat später bei der Zäsur-Debatte ja auch nicht geklappt.

*Es gab lange Zeit die Forderung der Gefangenen, in ein oder zwei großen Gruppen zusammengelegt zu werden, damit eine Auseinandersetzung untereinander stattfinden kann. Was denken Sie heute, wie es weiterlaufen könnte?*

Es kann für uns nur darum gehen, wieder auf die Tagesordnung zu setzen, daß

wir raus müssen. Nach wie vor ist das eine politische und keine juristische Frage. Es geht hier nicht um eine abstrakte prinzipielle Ebene. Wir haben es auch nicht mit der Justiz im allgemeinen zu tun, sondern mit der BAW und den Staatsschutzgerichten, und wir haben die bekannte Haft- und Prozeßgeschichte. Abgesehen davon geht es den meisten von uns gesundheitlich außerordentlich schlecht, so daß diese Perspektive zwanzig Jahre und noch ein bißchen mehr, je nachdem, wie man sich individuell verhält, für uns keine ist. Wir müssen jetzt Wege zur Entlassung finden. Und dafür muß es eine Entscheidung geben, die mehr ist als nur Worte. Es muß etwas sichtbar werden, vor allem in unserem Gefangenensystem: Was man sonst mit jemandem, den man in absehbarer Zeit rauslassen will? Der kann seine sozialen Beziehungen nach draußen aufbauen. Entsprechendes muß für uns auch möglich werden. Wir müssen anfangen können. Grundlagen zu bauen dafür, wie wir anschließend leben wollen. Es muß Kommunikation und Arbeitsprojekte geben können. Wir haben ja derzeit fast keine Kontakte nach draußen. Man muß sich klar machen, daß dieses Interview eine der ganz wenigen Gelegenheiten ist, wo ich mit jemandem von draußen zusammenhängend länger sprechen kann. Mein größter Erfolg in meiner ganzen Haftzeit war vor einigen Wochen 90 Minuten Gespräch ohne LKA-Überwachung.

*Ist diese Orientierung auf Kommunikation mit Leuten von draußen bei den Gefangenen Konsens?*

Es geht bei uns hin und her, weil manche meinen, es sei wichtiger, daß wir Zusammenlegung haben und was Gemeinsames veröffentlichen können. Ich war immer der Meinung, daß es viel wichtiger ist, daß aufgemacht wird.

Wir sind alleine zu wenig, um weiterzukommen, wir brauchen weiterreichenden Austausch. Es kann auch gar nicht darum gehen, das wofür vor Jahren das Stichwort „Diskussion“ stand, jetzt noch nachzuholen. Natürlich suchen wir Gespräche für gemeinsames Interesse, das ist ja klar, aber Kommunikation mit draußen hat für uns vor allem den Sinn, erste Schritte auf dem direkten Weg zur Freiheit zu finden.

Das Schlimmste, was bei uns jetzt geschehen war, und daraus resultiert auch die ganze Schärfe der inneren Auseinandersetzung, ist, daß wir aus langen Jahren der Isolation nicht etwa in eine Situation gekommen sind, in der wir diese Isolation hätten verarbeiten können. Das, was in diesen langen Jahren geschehen ist, hätten wir zusammen mit anderen besprechen und verarbeiten müssen. Aber das wurde nicht zugelassen. Statt dessen sind wir aus der Isolation ins Vakuum der normalen Stationen gekommen, in einen Kreis von Personen im Gefängnis, der auch sehr klein ist und wo das nicht geht, und nach außen sind wir weiterhin strikt abgeschottet geblieben. Da sind erst die gesundheitlichen Abstrümpel bei uns gelaufen, da kam die Isolation voll zur Wirkung. Und diese Isolation mit ihren Folgen, die wir am eigenen Leib erlebt haben, die muß überall, wo sie auftaucht, bekämpft werden. Wenn einer lange drin war, muß danach etwas geschehen, da kann man nicht einfach den Deckel aufmachen, und dann muß er sehen, wo er bleibt und wie. Und wenn ich das hier sage, als einer, der es selbst mitgemacht hat, dann nicht, um unsere schlimme Geschichte herauszustellen, sondern weil es sich in den Gefängnissen abzeichnet, daß diese systematische Isolation, der wir vom ersten Tag an ausgesetzt waren, zunehmend auch allgemein auf andere Gefangene angewandt wird, die wegselektiert werden sollen.

(Quelle: Angehörigen Info 182)

## Politische Berichte

*Zeitung für sozialistische Politik  
– erscheint vierzehntäglich.*

Herausgeber: **Arbeitskreis Politische Berichte**, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg.

Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/458 3793 Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/657 11, Fax: 034204/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

## Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

BankUnterschrift: .....

Diese Kurzgeschichten wurden zuerst in den Hamburger Lokalberichten veröffentlicht. Die Redaktion schreibt einleitend: „Wir wollen mit der folgenden Veröffentlichung unter anderem auch andere Leserinnen und Leser anregen, sich selbst literarisch zu betätigen.“

# BEGEGNUNG MIT ALTEN MENSCHEN

*Ich habe zwischen 1978 und 1981 in verschiedenen Modernisierungsgebieten als „Mieterbetreuerin“ gearbeitet, eine Mischung aus Sozialarbeiterin und Putzfrau. Ziel war zweifelsfrei, die Akzeptanz unter den Mietern für diese Maßnahmen zu fördern, Maßnahmen, die sie oft genug sofort oder auch nach mehreren Jahren die Wohnung gekostet haben, deutliche Mieterhöhungen mit sich brachten und damit auch Einschränkungen in der Lebensführung. Für mich waren es aber auch die ersten intensiven Begegnungen mit vielen alten Menschen. Die folgenden Veröffentlichungen beruhen auf Aufzeichnungen, die lange in der Schublade lagen, und die ich jetzt zusammengestellt habe.*

(mek)

## Die Schneiderin

Diese Wohnungen im noch nicht renovierten Dulsberg waren winzig. Nach dem Krieg waren aus zwei Wohnungen einer Etage vier gemacht worden, die beiden mittleren jeweils nur mit 14 qm, alles zusammen. Der Flur war gerade so breit wie die Toilettentür, die rechts im Gang lag. Dann kam der einzige Raum mit einem alten Kohleherd und einem Handwaschbecken, kein Bad, keine Dusche. Das ganze Haus war bereits geräumt, die Handwerker konnten bald anfangen, nur die alte Frau in einer der Mittelwohnungen machte einfach die Tür nicht auf, ließ die Post unbeantwortet, Telefon hatte sie nicht. Mir hat sie auch nicht aufgemacht, obwohl ich es zu jeder Tageszeit versucht hatte. Schließlich erhielt ich den Tip, daß sie jeden Morgen um sieben Uhr sich ein Brötchen holen ging. Dort traf ich sie dann, ich sprach sie an, sie schüttelte nur den Kopf: „Kindchen, ich verstehe Sie nicht, hab mein Hörgerät nicht mit.“ Na dann mit Zettel, ich komme von da und da und muß dringend mit Ihnen reden. „Aber die Batterien sind alle.“ Also sind wir erst mal nach Wandsbek Markt gefahren und haben Batterien gekauft.

Mittlerweile hatte ich richtig Sorge, die meisten alten Menschen wollen mit Recht nicht mehr umziehen, und sie mußte ihre Wohnung aufgeben, denn aus vier wurden wieder zwei Wohnungen werden, viel zu groß für sie. Aber sie überraschte mich wieder. Sie wollte umziehen. Das ist doch eine Zelle hier und keine Wohnung, oder nicht? Aber ja doch. Und die zweite besichtigte Wohnung gefiel ihr ausgesprochen gut, sogar ein Balkon war da, eine Küchenecke und ein Bad. Daß es in einem anderen Stadtteil lag, daß sie dort niemanden kannte, all das interessierte sie überhaupt nicht. Nur eine Tierhandlung muß in der Nähe sein, sie braucht Futter für ihren Vogel. Trotzdem haben sich am Umzugstag die Möbelpacker fast eine Stunde lang die Hände an ihrer Tür blutig geschlagen, sie hatte mal wieder ihr Hörgerät nicht auf.

Beim Einpacken kamen lauter Überraschungen zutage. Diese alte Frau hatte in ihren Schränken nur das Nötigste an Geschirr und Besteck. Aber sie hatte mehrere Topfe voll mit Pfennigen und Groschen, Kochtöpfe voll, Übertöpfe voll und hinter den Glasfenstern ihres Küchenschrankes steckten auch Briefumschläge mit Scheinen. Sie hatte sich schon seit Jahren nur noch von Brotchen, Butter, Marmelade, Honig und Kaffee ernährt, so daß selbst von der Mi-

nirente noch etwas übrigblieb.

Küchenschrank und Schränkchen ihrer Wohnung waren übertoll mit Kleidung, Kleidung aus jedem Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, Knöpfe, bunte Litzen, Gummibänder, Schmuckbänder, Nähseide in hundert Farben und alles notwendige Handwerkszeug. Eine kleine Tischstrickmaschine stand auch da und unter dem Bett Kartons mit jeder Menge Hüten und Schnittmustern. Sie waren Schneiderin? Ja, Kindchen. Dann hat sie den Fehler ihres Lebens gemacht und ziemlich spät noch einen Taugenichts geheiratet, der dann auch noch schnell gestorben ist. So hat sie mit sechzig Jahren wieder anfangen müssen, privat zu putzen, aufgehört hat sie mit 75 Jahren. Sehen Sie mal, wie krumm meine Hände sind, das ist vom vielen kalten Wasser gekommen. Nein, eine Nadel kann sie schon lange nicht mehr halten. Doch sie hat auch ein Kind, eine Tochter, aber die hatte sie schon vor ihrer Heirat. Die ist Opernsängerin in der DDR. Und dann kramt sie die Fotos heraus: Sieh mal Kindchen, was für schöne Kleider sie immer anhat.

In den Keller der neuen Wohnung sind dann kartonweise ihre alten Kleider und Nähmaterialien gewandert, weggeschmissen hat sie nicht ein Teil, vielleicht wird sie es ja noch einmal brauchen.

Neue Gardinen brauchte sie auch: drei Stunden bei Karstadt Wandsbek dauerte die Auswahl. Sie konnte sich nicht entscheiden. Unablässig streichelten ihre Finger all die Stoffe und Fasern, wanderten ihre Augen über die Farbenpracht. Sie war einfach nicht wegzubekommen aus der Abteilung. Und dann hatte ich noch vergessen, daß wir zweierlei Längen Stoff brauchten für die Balkontür und für das Fenster. Das sieht noch nicht aus, was sie da genäht haben, Kindchen. Und sollte man ihr wirklich zumuten, die paar Jahre, die ihr noch blieben, jeden Tag auf das Werk einer Pfuscherin zu starren und zu leiden, weil ihre kranken Hände das nicht mehr selbst hatten nähen können?

Sie hat noch gelernt, die neuen Wege zu gehen zum Kaufmann und zur Tierhandlung, denn sie brauchte nicht mehr viel, nur jeden Tag ein Brötchen, etwas Butter, Marmelade und Honig und Futter für den Vogel. Und immer wieder ist sie auf den Balkon gegangen und hat den Luxus ihrer alten Tage genossen. Noch mehrere Jahre lang hat ihr Namensschild an der Wohnung in der Schmachthäger Straße gehangen, auch wenn sie auf mein Klingeln nicht mehr aufgemacht hat - wahrscheinlich waren ihr wieder die Batterien ausgegangen.

## Kleine Klindwordt

Kleine Klindwordt, so haben wir sie liebevoll genannt, die gerade 90jährige penible Beamtenwitwe. Sie war einfach unglaublich pingelig. Nach Abschluß der Renovierungsarbeiten hatte eine Reinigungsfirma bei ihr bereits grundrein gemacht. Trotzdem mußte ich die gesamte Wohnung noch einmal putzen, mit dem Staublappen all ihre polierten Schränke, die Glasplatten und den ganzen Nippes abstauben, hunderte von Figürchen aus Porzellan und Glas, Goldrähmchen jede Menge, dann mit dem Staubsauger in jede Ecke kriechen. Bei ihr ist es immer adrett gewesen. Ihre Erinnerungen lebte ihr Mann, nur der

- die silbergerahmten Kinder sind ihr kein Wort wert. Ihr Mann war ein höherer preußischer Beamter, gut hat er ausgesehen, sie waren immer ein hübsches, stolzes Paar, die kleine adrette Frau am Arm des gutsituierten Bartträgers. Nur ist er viel zu früh gestorben, und so ist sie zuletzt doch noch in einem einfachen Viertel gelandet.

Dabei hatten wir in ihrer Küche eine geradezu erschütternde Entdeckung gemacht. Beim Ausräumen der Schränke vor der Renovierung stießen wir in der Küche auf einen alten Kochkessel, randvoll mit eingeweichter Wäsche, übelriechend, und die Wäsche mürrische, wochenlange Schlamperei trat zutage. Den Bruchteil einer Sekunde schwankte ihr Blick - oder doch nicht? Das wäre ja mal wieder typisch. Immer wenn ihre Mutter und die Schwester zu Besuch kämen, ließen sie ihre eingeweichte Wäsche da, ihr Leben lang müsse sie für die beiden das Dienstmädchen spielen, nicht einmal jetzt, als verheiratete Frau, habe sie ihre Ruhe vor ihnen.

Kleine Klindwordt, selbst gerade 90 Jahre alt, beim Kaffeeklatsch mit der steinalten Mutter und älterer Schwester sich vorzustellen, die beiden sich heimlich in die Küche schleichen zu sehen, um ihre mitgebrachte Schmutzwäsche einzuweichen, das ging denn doch über meine Kraft. Der Zweifel an ihrer Sauberkeit und Ordnungsliebe, nicht aber an ihrem Gedächtnis, machte sie wütend, und sie wies mir zum ersten Mal die Türe.

Während der Renovierungszeit war sie in eine Wohnung auf der anderen Straßenseite mit all ihren Möbeln umgesetzt worden - jeden Abend aber stand sie vor ihrer Wohnungstür und wollte in ihr Bett. Sie hatte die liebsten Nachbarn der Welt, die brachten sie dann über die Straße und zu Bett, die bekochten sie häufig und wuschen auch ihr schmutziges Geschirr.

Und wenn sie auch für jeden Krümel Staub in der Wohnung ihre Mutter und Schwester verantwortlich machte, abends immer wieder ins falsche Bett wollte - jeden Ersten im Monat ist sie auf die Post gegangen, hat ihre Rente abgeholt und die Miete gezahlt.



## Der Schlachter

Ein alter, blankgescheuerter Küchentisch, darauf eine Flasche Bier, dahinter das Bett, ein Stuhl, ein Kleiderschrank, daran ein altmodischer Überzieher, eine Kochecke; kein Foto, kein Bild oder Buch, gerade mal ein altes Radio und neben dem Bett noch ein Hocker, darauf ein scharf geschliffenes Beil und ein ebenso scharfes, langes Schlachtermesser.

Der Mann, der mich schließlich hier reinläßt, ist noch immer riesengroß trotz seiner achtzig Jahre, die Haare voll und stahlgrau, die Augen schwarz. Aber seine Stimme ist rau, seine Sprache laut, dabei kaum verständlich, immer ein guttural drohender Unterton darin. Er scheint das Sprechen aufzugeben. Wenn er dann aber doch muß, dann mit kaum gebändigter Wut. Er braucht keine neue Heizung, er hat sein Leben lang mit Kohlen geheizt, warmes Wasser ist Luxus, das braucht er genausowenig. Sie werden aber die Modernisierungsarbeiten dulden müssen. Seine dunklen Augen wandern zu Beil und Messer, sein Geblubber brauche ich nicht mehr zu verstehen. Aber er ist gut erzogen, meine Bitte nach einem Schluck Bier kann er schlecht abschlagen - es ist heiß, auch draußen. Mit dem Fuß schiebt er mir den Stuhl rüber, wie einem Hund den Knochen, gehorsam nehme ich Platz. Er setzt sich aufs Bett und spielt mit Messer und Beil.

Dieses Eis zu schmelzen ist unmöglich, nur an den Rändern wird es etwas weich. Er hat auf Schlachthöfen gearbeitet, mit 14 Jahren hat sein Vater ihn dorthin geschickt - er wäre lieber zur See gefahren. Mit 65 dann aufgehört. Er hat nie anderes gemacht sein ganzes Leben lang, als Tiere zu töten und zu zerlegen. Mag sein, daß er auch ein brutaler Mensch geworden ist dabei. Selbst jetzt fürchten ihn die Nachbarn noch, halten ihn für unberechenbar, und die Handwerker hat er gleich bei ihrem ersten Versuch, seine Wohnung zu stürmen, mit dem Messer in der Hand in die Flucht geschlagen. Er hatte es in der Hand, nur so.

Schließlich ist er aber dann noch mit mir an die Elbe gefahren, Messer und Beil hat er - sicher widerstrebend - zu Hause gelassen. Wir haben einen wunderschönen Septembertag an den Landungsbrücken verbracht, eine kleine Hafenrundfahrt absolviert, haben Kaffee getrunken und Fisch gegessen, während die Handwerker derweil in seltener Eile und Koordination bei ihm die Leitungen und Rohre durchgezogen haben in die oberen Wohnungen. Im leicht diesigen Herbstlicht ist das Eis dann noch ein bißchen mehr geschmolzen. Es hat einfach keine Frau bei ihm bleiben wollen. Er ist den Blutgeruch nie losgeworden. Gegessen haben sie es immer alle, und in schlechten Zeiten hätte er Fleisch haben können für sein Fleisch. Aber wozu sind sie schließlich auch gut, sie machen immer nur Ärger. Und je mehr er mir, der Frau, erzählte, desto unruhiger wurde er, und wir mußten zurück.

Die am Fenster der Wohnung jetzt vorbeilaufenden Rohre traktierte er kurz mit den Füßen. Als ich aber den restlichen Dreck vom Durchstemmen der Wände wegfegen wollte, nahm er mir den Besen aus der Hand. Das hat er immer allein gemacht, für sowas braucht man keine Frau.

Aus Hamburger Lokalberichte Nr. 11 und 12 1996. Das Bild steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit einer der Geschichten.